

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1949**

26 (1.7.1949)



Dieses Bild zeigt die August-Thyssen-Hütte in Hamburg, die nach dem Bericht durch die Pressenorgane als „Jugendaufbauwerk Europa“ bezeichnet werden soll, was sie vor der Demontage zu retten. Die Vereinigten Stahlwerke, denen diese Hütte gehört, haben sich bereit erklärt, für 20 Jahre an der Hütte zu arbeiten und die Hütte zu verwalten. Der Vorstand soll genau nach den gleichen Bestimmungen gebildet werden, wie sie für alle Stahlwerke in Kraft sind. Der Reichsminister von Reichsland-Weimar hat vorgeschlagen, die Ausweisung so wie bei der Carnegie-Hütte in USA vorzunehmen. Wie wir erfahren, hat General Bishop diese Vorschläge bereits befürwortend nach London weitergegeben. Näheres über diesen Plan findet der Leser auf Seite 3.

„Demontagen sind absurd...“ (Economist London)

Freie D-Mark-Kurse steigen auf Parität - Kreditvolumen nur wenig erhöht Anleihe des RWE - Viele Rheinkähne liegen still - Berlin wird billigste Stadt

Freie Wirtschaft - hohe Löhne

Es läßt sich nicht länger verhehlen, daß trotz — oder wegen — aller Demenstas aus London die Abwertung des Pfund-Sterling erwartet wird. Auch verschiedene andere weiche Währungen werden wieder weich — oder noch weicher. Wie wir in unseren heutigen Warenmärkten sehen, spricht man von einer „schleichenden Krise“. Dabei ergeben sich aber eine Reihe von ganz merkwürdigen Tendenzen und Erkenntnissen.

dauernd aufbrausend und schreiend lauten, der Arzt stellt Magengeschwüre fest. Die medizinische Begründung lautet: Der Mann ist über-Laune, weil er Magengeschwüre hat, die ihm Schmerzen verursachen. Daneben geht die Begründung der Mann hat schlechte Eigenschaften, kritisiert er allem brennend und ist griesgrämig von Natur aus. Dies bewirkt eine Verhärtung der Säfte und ihre vermehrte Produktion. Dadurch entstehen an schwachen Stellen der Magenwand Magengeschwüre. Die erste Erkenntnis kommt darin zum Ausdruck, daß man die Heilung nicht in einer Verleugung staatlicher Lenkungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen, sondern in der Rückkehr zu einer freieren Weltwirtschaft sieht. Man prüft auch die Unternehmerrück, die immer noch in den alten Gedankengängen gefangen sind: Wenn wir nicht mehr genug verdienen, dann muß der Staat einschreiten und uns zu unseren Verdiensten verhelfen. (Als letzten Rest dieser Einstellung haben wir in Deutschland das Festhalten der Handwerker am großen Befähigungsniveau, der länger in die Motorenkiste gebiet, auch wenn Rheinland-Pfalz rein demokratisch mit 90% sich für die Beibehaltung der Pflichtschulung eingesetzt hat, eben weil nur die Interessierten selbst abstimmen können.) So hat die Zürcher Kommission für Konjunkturbeobachtung am Schluß eines längeren Berichts über den Rückgang der Hochkonjunktur in der Schweiz auf eine Normalkonjunktur folgenden Satz geprägt: „Wenn heute wieder schärfer kalkuliert werden muß und auch die Auslandskonkurrenz zunimmt, so sollte das nicht nicht Anlaß geben, sofort nach Schutz durch Einfuhrbeschränkungen oder andere staatliche Maßnahmen zu rufen.“

Genau entgegengesetzt ist die Tendenz in Ländern mit weicher Währung — den auch in manch anderer Hinsicht weichen Ländern —, die nämlich ihre Unfähigkeit, die Wirtschaft des Landes in Ordnung zu halten, Preise und Löhne, Qualität und Leistung in ein gutes Verhältnis zu bringen, damit abzurufen, daß sie monetäre Maßnahmen erwägen. Das ist mehrpsychologisch verständlich; denn ein Staat kann die Währung abwerten, und ein wirtschaftlich registrierter Staat wie England wird dafür auch eine kompakte Majorität erzielen (wenn auch nicht 90%, aber die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, dazu gehören Fähigkeiten, staatliche Macht reicht dazu allein nicht aus).

Es läßt sich weiter nicht länger verhehlen, daß der internationale Währungsfonds ebenfalls in seiner Haltung weicher geworden ist. (Wo ist der harte Geist von Bretton-Woods geblieben?) Diese internationale Währungsaufsichtsbehörde hat den Mexikanern eine Abwertung ihres Pesos um 40% gestattet, obwohl man damals in Bretton-Woods beschlossen hatte, nur Abwertungen bis höchstens 10% zuzulassen. Was hindert die Aufsichtsbehörde, die gleiche Konzession bald Frankreich oder England zu machen? Erst vor wenigen Tagen ist der französische Franken gegenüber dem belgischen (allerdings nur für finanzielle Transaktionen und nicht für den Handelsverkehr) um ungefähr 20% abgewertet worden.

Sinkende freie Preise

Die Krise schärft weiter. Am deutlichsten muß sich dies ja immer zum Monatsende zeigen. So brachten die letzten Tage erhebliche Preisrückgänge an den freien Märkten. Die Butter erreichte in München mit 9 DM für 1 kg einen neuen Tiefstand, ebenso Nollkaffee in Berlin (I) mit 10—12 DM pro Kilogramm. Allgemein überwiegt das Angebot bei weitem die Nachfrage, besonders in Schokolade, obwohl hier das Geschäft nach wie vor ziemlich lebhaft ist. Der Preis für eingeschweißte Schokolade ging auf 2 DM je 100 g-Tafel zurück. In Südbaden wird aus beschlagnahmten Schokoladebeständen die Tafel sogar für 1,50 DM überall öffentlich verkauft.

Neben den bekannten Gründen, nämlich Rationalisierungen, Geldmangel vor Ultimo und starkem Angebot für diese Preisermäßigungen, am freien Markt ergeben; die umfangreichen Einfuhren von Obst und Südländern haben eine Verlagerung der Nachfrage verursacht. Hinzu kommt noch eine größere Aktivität der Landbevölkerung im Angebot von Lebensmittel. Amerikanische Zigaretten wurden vielfach angeboten, aber wenig gekauft, da die Qualität der deutschen Zigaretten jetzt bereits der amerikanischen sehr nahe gekommen ist. So konnten zwei Zigaretten im Bremer Hafenmarkt nur noch zu 18 Pfennig das Stück abgesetzt werden. Nur Zucker ist noch immer nicht in genügender Menge am Markt. In Maß erhöhen sich die Preise etwas, da das Angebot vor der neuen Ernte nicht mehr ausreichend ist.

Berlin

Es muß vermerkt werden, daß durch die scharfen Preisstürze in den letzten Wochen Berlin, mit Ausnahme von Weizen und Butter, jetzt zu dem billigsten Städten Deutschlands gehört; sämtliche Preise liegen zum Teil wesentlich unter denen von Hamburg.

D-Mark weicher fest

International steigt die DM weicher. Sie erreichte in Zürich Anfang dieser

Woche einen neuen Rekordkurs mit 79 sfr. für 100 DM. Auch in Deutschland ist die DM sehr fest und die Kurse für Devisen geben nach. Die Freigabe des Touristenverkehrs nach Deutschland führte zu einem außerordentlich starkem Angebot, so daß der Dollar in mehreren Städten um mehr als 1 DM im Kurs zurückging. In Essen erreichte der Dollar mit 5 DM einen neuen Tiefstand. Der Schweizerfranken geht nur noch für 115 DM um. Das Pfund Sterling erreichte in Frankfurt Kurse zwischen 12,50 und 14,50 DM. Damit ist der amtliche Devisenkurs erreicht, der bei 12,45 DM für 1 Pfund Sterling liegt. Auch die Dänemärkte gingen in Hamburg mit 6,70 DM für 1 Krone bis auf die Parität herunter. Ähnlich war die Entwicklung beim holländischen Gulden, der Schweizerfranken und den französischen Franken. Die Nachfrage nach ausländischen Währungen, vor allem nach Dollar und Schweizerfranken hat stark nachgelassen, während sich das Angebot ständig vergrößerte. In Hamburg wurden für 100 sfr. nur noch 1 DM gegeben, für eine Schweizerfranken 0,95 DM.

Entsprechend dieser Entwicklung ist in den letzten Wochen auch der freie Preis für Gold erheblich heruntergegangen. Noch zu Anfang dieses Monats mußten 22 DM für 1 g bezahlt werden. Jetzt ist der Preis auf 7,50 DM zurückgegangen bei einem amtlichen Kurs von 4,50 DM.

Auftragsrückgang - Kurzarbeit - Flaute

Die allgemeine Lage des Maschinenbaus ist durch den Geldmangel gekennzeichnet. Namentlich der starke Schwund im Auftragszuwachs durch die Zurückhaltung der großen Auftraggeber Reichsbahn und Bergbau hat den Auftragsrückgang im ersten Vierteljahr 1949 auf durchschnittlich 22 v. H. und später noch erheblich stärker sinken lassen. In manchen Fällen hat der Auftragsrückgang bis zu 30 v. H. der Produktion gekostet. Die Erhöhung des Absatzes durch Kredite an die Auftraggeber ist deshalb für die Industrie ausschlaggebend bedeutsam.

Wie der Leser an verschiedenen Stellen dieser Ausgabe sehen wird, steigen die Arbeitslosenziffern weiter, die Kurzarbeit nimmt zu und entsprechend läßt die Kapazitätsausnutzung weiter nach. Was diese Entwicklung für die Selbstkosten bedeutet, weiß jeder. Die Wagnisstellung der Reichsbahn geht immer weiter zurück; sie liegt heute kaum noch über dem Stand von Dezember des vorigen Jahres. Die Hälfte aller Rheinschiffe liegt still.

Kredit

Trotz Aufhebung der Kreditrestriktionen erhöht sich das Kreditvolumen bei der Nichtbankkundschaft nur sehr langsam, in man möge sagen, stagniert (vom 30. April mit 2,2 auf 2,4 Milliarden am 15. Juni). Dagegen nehmen die Einlagen der öffentlichen Hand weiter zu. (Allein vom 31. Mai mit 1,45 auf 1,65 Mrd. DM am 15. Juni am 31. 1. waren es nur 1,36 Mrd. DM.) Die Reichsbahnanleihe war bisher ein Mißerfolg. Die Zeichnungsfrist wurde verlängert, aber man rechnet mit allerhöchstens 70 Mill. DM. Das sind gerade 20% von dem, was man erwartet hatte. Man legt die RWE auch eine Anleihe von 60 Mill. DM auf, bei 9 1/2% Emissionskurs und 6 1/2% Zinsen, also in dieser Hinsicht wesentlich günstiger als die Reichsbahnanleihe; dafür aber bleiben die Beträge 3 Jahre fest. Man ist sich klar darüber, daß der Kapitalmarkt gepflegt werden muß, und daß

Es wird geschätzt, daß die für den Maschinenbau selbst vorgesehene Kreditmenge von 175 Mill. DM in der Bilanz der derzeitigen Notwendigkeiten entsprechen.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage der Waggonfabrik Urdingen, Kreis-Urdingen, wird durch die Einschränkungen der Reichsbahnaufträge bestimmt. Seit April dieses Jahres wog im Werk nur noch während 32 Stunden in der Woche gearbeitet. Mehrere hundert Belegschaftsmitglieder sind bereits entlassen worden. Der laufende Waggonauftrag, der bis zum Juli abgewickelt sein sollte, ist bis zum Jahresende gestreckt worden. Ein Anschaffungsbedarf ist bis jetzt noch nicht vorgesehen. Reparaturaufträge hat die Reichsbahn, an die Waggonindustrie nicht mehr vergeben, obwohl die Auslastung der Werkstätten der Reichsbahn zur Zeit nicht den ganzen Anteil an Schweißarbeiten aufarbeiten können.

Die Privataufträge der Waggonfabrik Urdingen sind ein viel zu kleiner Teil des Auftragsbestandes, als daß sie das allgemeine Geschäftsbild wesentlich beeinflussen könnten. Die Entwicklung der Unternehmung hängt deshalb ausschlaggebend davon ab, ob die Reichsbahn in der Lage sein wird, wieder Aufträge im üblichen Umfang zu vergeben. (Aber die Anleihe war ein schwerer Mißerfolg. D. Red.)

Die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, hat ihrer Belegschaft mitgeteilt, daß im nächsten Monat in einer Reihe von Fertigungs Kurzarbeit eingeführt wird, von der etwa 300 Betriebsangehörige der Gesamtbelegschaft von rund 9000 Mann betroffen werden.

Die Lage der Rheinschiffer hat sich bisher in keiner Weise verbessert. Rund die Hälfte des Frachtraums liegt zur Zeit still. Im Durchschnitt muß heute ein Rheinkahn 23 Tage warten, bis er mit einer Reise an die Reihe kommt. Da die Fahrt Ruhrort—Mainz im allgemeinen 20 Tage dauert, bedeutet dies, daß heute ein Schiff im Jahresdurchschnitt nur 6—7 Fahrten macht. Die Ertragslage ist unter diesen Umständen außerordentlich ungünstig. Entweder wird sich hierbei aus, daß sich der Elbeschiffraum nach wie vor im Westen befindet. Es besteht nur wenig Neugier bei Elbeschiffern, in die Heimat zurückzukehren, da auf der Elbe vorerst immer noch keine Verdienstmöglichkeit gegeben ist. An der Fahrt nach Berlin können sich nur solche Schiffe beteiligen, die noch aus der vergangenen Zeit her über ein Permit verfügen. Transporte nach der Ostsee sind sich heute noch außerordentlich selten.

In dieser Nummer:

- Westeinfuhren nach Berlin
Deutschlands Mineralölindustrie
August-Thyssen-Hütte als „Jugendaufbauwerk Europa“
Englands Eisen- und Stahlindustrie
Frankreich —
Rückläufige Produktion
USA-Kupfer in Abwehrstellung
Der harte belgische Franc

Jedoch die öffentliche Hand ist das Wundermittel mit immer vollem Erfolg. Wie wir sehen, steigen die Einlagen weiter. Allein mit dem Betrag, um den diese Einlagen in den letzten 14 Tagen gestiegen sind, können die 70 Mill. DM gegeben werden, die von westdeutschen Ländern, nämlich Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen im laufenden Haushaltsjahr aus Haushaltsmitteln für den Wiederaufbau der deutschen Küstenflotte zur Verfügung stellen wollen. 180 Mill. DM hat die deutsche Reichsbahn zugeordnet. Die Differenz von 105 Mill. DM muß, wie ein Wirtschaftsinventar bekanntlich, aus Doppelkonten-Mitteln im Rahmen des Investitionsplans aufgebracht werden. Selbst so lächerliche Beträge wie 30 000 DM als Kredit für Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der elektrischen Flächentechnik, mit dem der 3 1/2 lfdige Vertragsertrag erreicht werden kann, sind von der VZLF vorläufig zurückgestellt worden.

Möbelsparhilfe

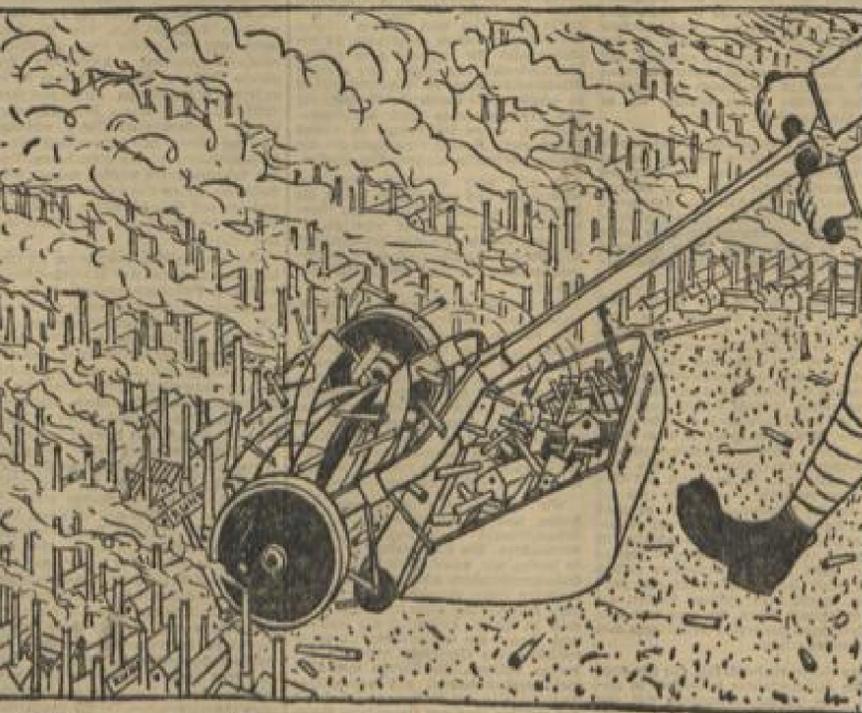
In Hamburg ist eine „Möbelsparhilfe“, zur Behebung des Möbelnotstands eingerichtet worden. Die beiden Sparkassen in Hamburg finanzierten diesen Plan. Der Käufer hat bei einer der Sparkassen die Hälfte des Kaufpreises anzupayen und erhält dann von der Sparkasse die andere Hälfte als Darlehen. So tritt der Käufer gegenüber dem Möbelschneider als Barzahlungskäufer auf. Er findet diesem Weg vorläufig. Er wird zum Sparen animiert.

Demontagen

Im Produktionskreis Demontagen, dem wir in dieser Ausgabe besonders Aufmerksamkeit widmen, sind zwei Fälle: Die Demontage eines Ölfeldes der Vereinigten Aluminiumwerke in Töging, wobei die demontierten Anlagen auf Lager gelegt werden sollen. Hier hat die Bayerische Regierung bereits Schritte unternommen, um diese Umkehr abzuwenden, das eine einschneidende Beeinträchtigung der deutschen Aluminiumproduktion bedeuten würde. Zweiter Fall: die Teildemontage der Kaiserdaunerschen Eisenwerke. Nach Mitteilung der Werksleitung besteht begründete Hoffnung, daß die Werke durch eine Kompensations- von der Teil-demontage des Enallierwertes genehmigt werden; sobald das Empfängerland genau feststeht, sollen mit ihm direkte Verhandlungen über eine Kompensation, eventuell aus der laufenden Produktion aufgenommen werden; dann könnte die Arbeit im Werk ohne Unterbrechung fortgesetzt werden. Als Deutlich ein Zitat aus der englischen Wirtschaftswirtschaft „Kommunist“, das sich ebenfalls abhebt gegen das, was aus ähnlichem Munde aus England zu uns dringt: „Die Ungewißheit über die Höhe der zukünftigen deutschen Stahlgewinnung ist schon immer ein dunkler Punkt im GEC-Programmen gewesen. Die Typische 443 auf der einen Seite leistungsstarke deutsche Stahlwerke demontiert werden, während auf der anderen der Aufbau der europäischen Stahlindustrie mit Mitteln der EUP betrieben wird, läßt die Demontagen als absurd erscheinen.“

Demontagen im Spiegel der Auslandspresse

Die folgende Zeichnung mit der Original-Unterschrift entnehmen wir der letzten Nummer der schweizerischen Wochenzeitschrift „Die Weltwoche“ vom 24. Juni 1949



Die Fabrikdemontagen gehen weiter. „Englischer Rasen“ in der Ruhr



# August-Thyssen-Hütte als „Jugendaufbauwerk Europa“

Von unserem Korrespondenten im Ruhrrevier

Essen, Ende Juni 1949. Bei unseren Vorstellungen, die wir im Kampf gegen die unruhigen Demonstrationen in der Eisen- und Stahlindustrie und in der Flach-Tropfen-Synthese immer wieder gemacht haben, ist uns von den Engländern vorgehalten worden, daß unsere Argumente immer die gleichen seien und daß wir es an Phantasie und neuen Ideen fehlen ließen. erklärte der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Nötting, auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf. Er entwickelte in dieser Konferenz den Plan, die August-Thyssen-Hütte als ein „Jugendaufbauwerk Europa“ einer internationalen Körperschaft zur Verfügung zu stellen. „Hier ist eine neue große Idee“, so sagte er, „und die Alliierten brauchen nur zuzugreifen“.

Zu der Konferenz hatte Ministerpräsident Arnold neben den Pressevertretern führende Persönlichkeiten aus der westdeutschen Industrie und aus den Gewerkschaften eingeladen.

Ministerpräsident Arnold führte einleitend aus, daß sich hervorragende Persönlichkeiten des deutschen kulturellen Lebens in einem Entwurf an die Außenminister der westlichen Alliierten gewandt und darin die Bereitstellung der August-Thyssen-Hütte zur Förderung der europäischen Jugend verlangt hätten, die infolge des Krieges materiell, geistig und seelisch auf das schwerste geschädigt worden sei. Die Regierung und die Parteien des Landes Nordrhein-Westfalen ständen hinter dem Vorschlag, die August-Thyssen-Hütte als Jugendaufbauwerk Europa zur Verfügung zu stellen und damit einen konstruktiven Beitrag zur Verwirklichung der Europa-Idee zu leisten.

Wirtschaftsminister Prof. Dr. Nötting erklärte, es sei großartig, die August-Thyssen-Hütte, wenn der deutsche Vorschlag von alliierter Seite angenommen werden sollte, jährlich 730 000 t Stahl außerhalb des 1,1 Millionen-Tonnen-Programms produzieren zu lassen, maximal u. U. auch eine Million Tonnen. Auf diese Art und Weise würden 5000 Arbeitern ihre Arbeitsplätze erhalten (früher arbeiteten 12 500 in der August-Thyssen-Hütte). Die Erzeugnisse der August-Thyssen-Hütte, bzw. die Erträge, sollten mittelbar oder unmittelbar den europäischen Nationen zur Förderung der Jugend zur Verfügung gestellt werden. Das Werk selbst bliebe der deutschen Wirtschaft erhalten, da die Eigentumsfrage durch die Neuregelung nicht berührt werde. Eine evtl. Sozialisierung oder Entschädigung der jetzigen Besitzer würde durch die neue Betriebsform ebenfalls in keiner Weise berührt. Die rechtlichen Formen und die eigentliche Konkretilisierung des deutschen Planes würden erst nach einer Zustimmung durch die Alliierten endgültig bestimmt werden. General Bishop sei gebeten worden, den Teil der Werkanlagen der August-Thyssen-Hütte, der noch in produktionsfähigen

Zustande sei, bei der zur Zeit stattfindenden Demonstration zu schonen und vor allem dafür Sorge zu tragen, daß die Demontagemassnahmen, die nach dem Beschlusse des deutschen Planes beschleunigt durchgeführt würden, in der nächsten Zeit in normalen Tempo weitergeführt werden. General Bishop habe ihm erklärt, er könne grundsätzlich keine Vorschläge zur Demontagefrage mehr annehmen, aber da dieser Plan ein Vorschlag der Regierung sei, wolle er ihn an die höchste Stelle weiterleiten. Er schenke an, daß der General damit nicht General Robertson, sondern das britische Kabinett selbst gemeint habe. Er habe auch aus der Besprechung den Eindruck gewonnen, daß General Bishop den Plan mit einem unterstützenden Kommentar weiterleiten werde, und bei dem moralischen Gewicht und der Geltung, die Bishop besitzt, dürfe man für die Verwirklichung des Planes Hoffnungen hegen. Die Chancen ständen 50:50.

Bergesamer soll führte für die Vereinigten Stahlwerke aus, daß sie als Besitzerin der August-Thyssen-Hütte gerne bereit seien, dem vorgelegten Plan zuzustimmen und ihn zu unterstützen. Er selbst werde ihn bei seinen übergeordneten Kontrollstellen wärmstens empfehlen. Zur Zeit befänden sich in der August-Thyssen-Hütte Maschinen und Anlagen im Zeitwerte von 200 Mill. DM, die für die Demontage vorgesehen seien; die verbleibenden Werte, Hallen und ähnlichen Anlagen hätten einen annähernd gleiches Wert. Die Kosten für die restlose Durchführung der Demontage würden sich auf 65 Mill. DM belaufen, während für die Wiederheraussetzung des Werkes bei dem geplanten Umfang der Produktion Kredite in Höhe von 30 Mill. DM erforderlich wären.

Direktor Hertzog von der August-Thyssen-Hütte wies darauf hin, daß eine schnelle Antwort der Alliierten auf den deutschen Vorschlag notwendig sei, wenn die Demontage wertvoller Anlagen noch im letzten Augenblick verhindert werden solle. Auf eine vorzeitige Veröffentlichung hin hätten die Briten die Demontage beschleunigt und die Arbeit in zwei Schichten angesetzt. Für den 25. Juni sei der Beginn des Abbaus eines Feinblechwalzwerkes angesetzt, und mit der Demontage eines Martinofens sei bereits begonnen worden. Der Abbau zweier Martinöfen stehe bevor.

Direktor Harten erklärte, er spreche nicht als Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, sondern für den „Werkstudenten-Austausch“. Es handle sich bei dem Vorschlag nicht um einen Trick, lediglich die Demontage zu verhindern, sondern um eine konstruktive europäische Idee, die zu einem wesentlichen Teil aus amerikanischen Kreisen stamme. Zu den Initiatoren gehörten Dr. Alonso Grace und

Dr. Schairer. Von diesen und hinter ihnen stehenden Persönlichkeiten sei die Forderung aufgestellt worden, 10% der Einkünfte der Ruhrindustrie für die notleidende Jugend Europas zur Verfügung zu stellen. Da die August-Thyssen-Hütte mit 10% der gesamten deutschen Belegschaft von 11,1 Mill. Tonnen leisten könne, sei mit der Bereitstellung des Ertrags dieser Hütte der zofortwärtige „Schmerz“ wälzend gelindert. Der Plan stelle auch ein Abwehrmittel gegen die Bestrebungen aus dem Osten dar, unter der Jugend der Westens ideologisch Fuß zu fassen. Sicher sei diesen Bestrebungen von keiner Seite etwas entgegenzusetzen worden. Die Erträge der Hütte könnten sowohl in Geld an die Jugend der beteiligten europäischen Nationen, wofür ein einseitlich Deutschland, als auch in natura verteilt werden. Er wies noch darauf hin, daß auch von französischer Seite zustimmende Äußerungen vorlägen. Es sei weiterhin erforderlich, die Idee der europäischen Zusammenarbeit mit einer Tat einzuleiten, und hier handelte es sich um etwas sehr Großes.

Gewerkschaftssekretär Böttger vom Deutschen Gewerkschaftsbund Düsseldorf, gab der Genugtuung des DGB über den Plan zum Ausdruck und wünschte, daß alles getan würde, um ihn zu verwirklichen.

Betriebsobmann Meyer von der August-Thyssen-Hütte führte aus, der Plan würde innerhalb der Belegschaft der Hütte sicherlich freudig aufgenommen werden und zur Beruhigung der Belegschaft sofort Bericht erstatten und ihr mitteilen, daß auf Grund des Planes die Rettung von 5000 bis 10 000 Arbeitsplätzen gewährleistet wäre.

Ministerpräsident Arnold leitete Wert auf die Feststellung, daß der Vorschlag keineswegs eine Anerkennung von Reparationszahlungen aus der laufenden Produktion darstelle. Übrigens teilte Wirtschaftsminister Nötting außerhalb der Tagesordnung zum Demontageproblem noch mit, daß er zur Rettung der Hütte und der Charbonnerhütte in Niederscheldern (Sieg) Austausch-Vorschläge dem General Bishop unterbreitet habe. Kapazitäten der Union A.-G., Dortmund und der Westfalenhütte A.G., Dortmund und des Hochofenwerkes Witten (Sieg) sind als Äquivalent angeboten worden.

## Der Aufruf

An die Herren Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und der französischen Republik

Als Erzieher lenken wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die erschütternde Not unruhiger Jugendlicher in allen Teilen Europas, deren Familien, Heime, Schulen und Ausbildungsgstätten durch den Krieg zerstört wurden.

Wir appellieren an die Verantwortlichen dieser Not durch umfassende Maßnahmen abzuhelfen. Auf den Schultern dieser jungen Menschen wird bald die Verantwortung für die öffentlichen Dinge liegen. Verschümmelte werden schwere Folgen haben.

Um mit einem Beispiel voranzugehen, richten wir an die Verantwortlichen der Rhein-Ruhr-Industrie die Aufforderung, einen Zehnten der unter den Folgen des Krieges leidenden Jugend Europas zur Verfügung zu stellen.

Von diesen Werten sollen bevorzugt Heime, Schulen, Werkstätten und Erholungsstätten für Jugendliche, insbesondere Kriegswaisen, gebaut werden. Selbsthilfegruppen sollen durch Bereitstellung von Werkzeugen, Material und Mitteln gefördert werden.

Die praktische Durchführung mag die Form annehmen, daß die größte und modernste Hütte Europas, die August-Thyssen-Hütte in Hamborn, als „Jugendaufbauwerk Europa“ in den Dienst der Jugend Europas gestellt wird.

Die besten Fachleute sollen diesen Betrieb zu einem Musterbetrieb ausstatten, und ein Stiftungsrat soll aus hervorragenden und jugendfreundlichen Erziehern und Staatsmännern der Welt gebildet werden, der für die Jugend über die Verwendung des Materials und der Gewinne entscheidet. Unverbrüchliche Garantie gegen jeden Mißbrauch für Kriegszwecke soll durch internationale Vereinbarung geschaffen werden.

Wir sind tief durchdrungen von dem Glauben, daß die heutige Jugend, gerettet durch die Not, diese Tat voll würdigen und sie im Geiste des Vorschlages in Leistungen der Freundschaft und des Friedens umsetzen wird. genehmigt

Christoph Teusch, Kultusminister Land Nordrhein-Westfalen

Professor Dr. Kroll, Rektor der Universität Köln

Professor Dr. Hahn, Universität Göttingen

Professor Dr. Heisenberg, Universität Göttingen

Landeshochschulrat Dr. Lillje, Hannover

Dr. Th. Bäuerle, Kultusminister Württemberg-Baden

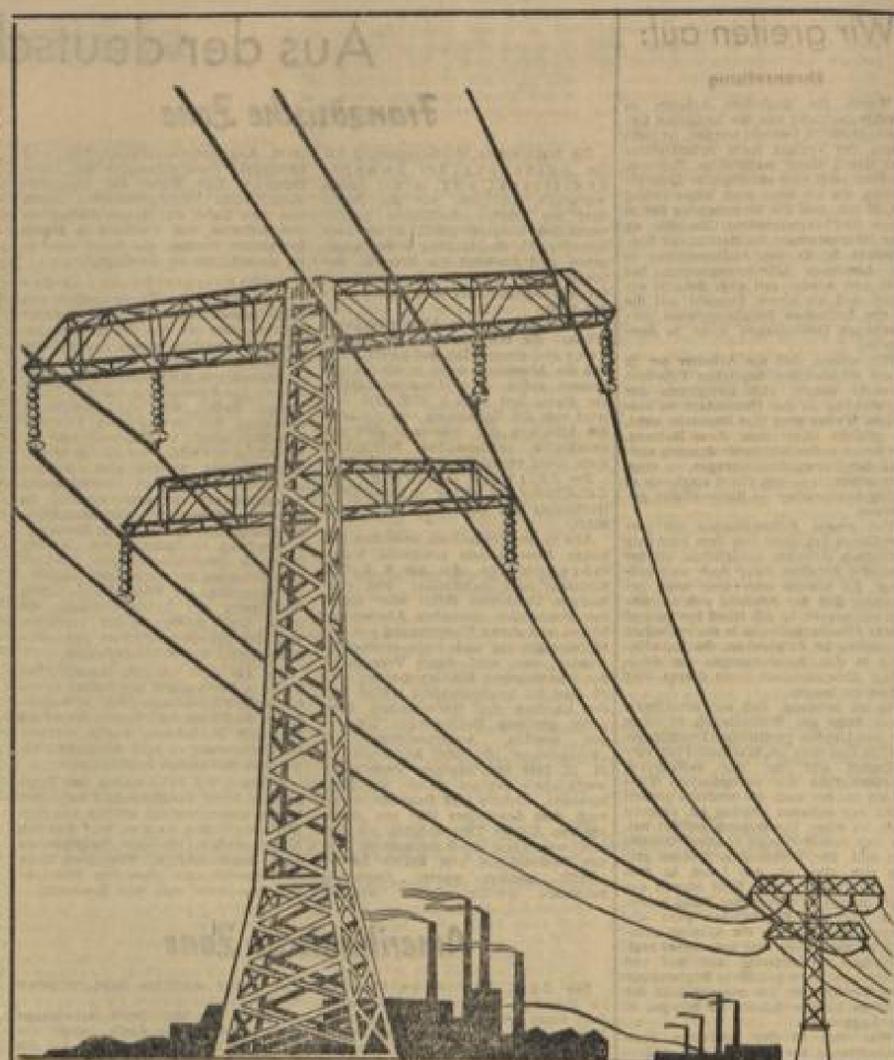
Professor Dr. Möller, Rektor der T.H. Aachen

Professor Dr. Klausner, Rektor der Universität Bonn

Professor Dr. Lehnartz, Rektor der Universität Münster

Josef Kardinal Frings, Erzbischof von Köln

Dr. Grimme, Generaldirektor des NWDR Hamborn



## Die Zusammenfassung

### der Energiequellen

Steinkohle, Braunkohle, Wasser durch planmäßigen Verbundbetrieb

## gewährleistet weitgehende

# Sicherheit in der Stromversorgung

## Reinhold Schairer

Von befreundeter Seite wird uns zu dem Plan, die August-Thyssen-Hütte in Hamborn in das „Jugendaufbauwerk Europa“ umzuwandeln, folgender Aufsatz zur Verfügung gestellt:

Die erschütternde Not unruhiger Jugendlicher in allen Teilen Europas, deren Familien, Heime, Schulen und Ausbildungsgstätten durch den Krieg zerstört worden sind und die sich in ebenso schwerer geistiger wie körperlicher Not befinden, hat zu einem Vorschlag geführt, der in seiner Form und nach seinem Gehalt erstmalig in der Geschichte unseres alten Erdteils genannt zu werden verdient.

Veranlaßt durch einen Mann, der in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, ergriffen von der Not der Jugend, das damalige Hilfswerk amerikanischer Seelen in Deutschland organisiert hat, der im Verein mit wirtschaftenden Leuten der deutschen Wirtschaft — wie Carl Duisberg — später das ausgezeichnete Werk der wirtschaftlichen Hilfe der deutschen Studentenschaft, der Studentenschaft des deutschen Volkes, des Amerika-Werkstudentenaustausches und des internationalen Studentenaustausches durchgeführt hat, der 1933 aus Deutschland fliehen mußte und nun nach langjähriger wissenschaftlicher und karitativer Tätigkeit in England und den Vereinigten Staaten nach Deutschland — beauftragt von amerikanischen Entscheidungsträgern — zurückgekehrt ist, Reinhold Schairer, haben sich Erzieher zusammengelassen, um in einem Aufruf und in einem Vorschlag die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu erregen und dem Verantwortlichen deutlich zu machen, wie dieser unsere Zukunft bedrohenden Not durch umfassende Maßnahmen abgeholfen werden kann.

Diese Erzieher, Kultusminister verschiedener deutscher Länder, Rektoren vieler deutscher Hochschulen, Persönlichkeiten des geistigen Lebens und vor allem die Sprecher der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland wenden sich mit einem Aufruf und mit einem praktischen Vorschlag an diejenigen, die die Verantwortung für die Weltführung heute tragen.

Es schlagen — um mit einem Beispiel voranzugehen — vor, daß die Rhein- und Ruhr-Industrie sich bereit erkläre, den unter den Folgen des Krieges leidenden Jugendlichen Europas einen Zehnten zur Verfügung zu stellen. Die praktische Durchführung soll

eine besondere Form annehmen, die unter Zurückstellung politischer Einflüsse die größte und modernste Hütte Europas, die August-Thyssen-Werk in Hamborn als „Aufbauwerk Europa“ der Jugend Europas zur Verfügung stellt. Das Werk soll von der Demontage ausgenommen und zu einem Musterbetrieb gestaltet werden. Ein Stiftungsrat aus hervorragenden, die Jugend liebenden Staatsmännern und Erziehern soll als Treuhänder dieser Jugend die Produktion des einstigen Blüthenwerkes überwachen und über die Verwendung der Erträge entscheiden. Damit wird eine unverbrüchliche und dauernde Garantie gegeben, daß das Werk mit einer intereuropäischen Aufgabe, ausschließlich dem Frieden dienen wird.

Die Unterzeichner des Vorschlages sind davon durchdrungen, daß diese schwer geprüfte Jugend nicht schlechter als die Jugend aller Zeiten vor ihr ist. Die bittere Erfahrung gibt ihr vielmehr eine reale Einstellung zum Leben, die aber der Hilfe und Anleitung von außen bedarf. So sehr diese Hilfe im Geiste der Not tut, so darf nicht vergessen werden, daß materielle Grundlagen der Erziehung und Bildung neuer schöpferischer Menschen erforderlich sind.

Die Anregung für diesen einzigartigen Plan ist aus dem Ausland gekommen. Sie ist mit Freude und Begierde in Deutschland aufgegriffen worden. Die Eigenart der Lösung bedingt sicher erhebliche Schwierigkeiten jeder Art. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes, die ja die zunächst Betroffenen ist, diesem neuartigen Plan von vornherein mit offenem Herzen ihre Zustimmung gegeben hat. Auch die verantwortlichen Staatsmänner auf deutscher Seite wie die Erziehungsbeauftragten der Militärregierungen haben ohne bürokratische Hemmnisse ihre Zustimmung zum Ausdruck gebracht.

So ist zu erwarten, daß das große Werk, das dem Aufbau der Jugend Europas helfen soll, sich in erfreulich kurzer Zeit praktisch auswirken wird, nicht zuletzt durch die kameradschaftliche Mitarbeit der Arbeiter und Angestellten der August-Thyssen-Hütte in Hamborn selbst. Man hofft, daß von hier sich Anregungen und Ströme neue Gedanken für den Aufbau des Lebens in Europa überhaupt ergeben werden.

# Wir greifen auf:

## Ehrenrettung

Womit die deutschen Arbeiter in Westdeutschland von der britischen Demontagepolitik bedroht werden, ist nicht allein der Verlust ihrer Arbeitsplätze und damit ihrer materiellen Existenz, sondern auch eine ideologische Kränkung, die sie dem sich schon richtig erfährt hat und die Widerlegung des in ihnen tief verwurzelten Glaubens an eine internationale Solidarität des Proletariats. Bvini, der Außenminister in der Londoner Arbeiterregierung, hat eben erst wieder mit aller Schärfe erklärt, daß es einen Verzicht auf die in der britischen Besatzungszone vorgesehenen Demontagen nicht zu denken sei.

Wir wissen, daß die Arbeiter der in Frage kommenden deutschen Fabriken versucht haben, sich wenigstens der Mitwirkung an der Demontage zu weigern. Weiter ging ihre Resistenz nicht. Es genügt aber schon diese Haltung, um ihnen außer Strafandrohungen auch noch den Vorwurf einzuräumen, sie seien zu sehr zu — von ihnen sinistral als häufig bekämpft — Nationalisten geworden.

Von einem Nationalismus der verantwortlichen Art, nicht von dem auch dem britischen Arbeiter natürlichen, ist der deutsche Arbeiter zwar noch weit entfernt. Es könnte aber sehr wohl geschehen, daß der Abstand sich allmählich verringere. In die Hand Bvini und seiner Arbeiterkollegen in der britischen Regierung ist es gegeben, die Entwicklung in den Anschauungen der deutschen Arbeiterschaft nicht diesen Weg geben zu lassen.

Es ist bekannt, daß auf amerikanischer Seite der Widerspruch zwischen der von London vertretenen Demontagepolitik und dem im Marshall-Plan verankerten und von ihm geleiteten Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft zu der auch die deutsche gehört nicht nur erkannt worden ist, sondern auch zu einer Umstellung geführt hat, die sich immer wieder auch manifestieren will. Die Vereinigten Staaten gelten nun aber als das Land, in dem die Kapitalisten (der Wall Street) das Heft besonders fest in der Hand haben. Man sagt den Kapitalisten ganz allgemein nach, daß sie die Arbeiter rückwärts ausbeuten, und was dieses sagt, betrachtet gleichzeitig, daß nur von Arbeiterpartei gebildete Regierungen den Werkstätten des eigenen und der anderen Länder Schutz zu bringen in der Lage seien.

Was sich in der britischen Zone Deutschlands zur Zeit ereignet, widerlegt diese Behauptungen. Hier sind von einer Arbeiterregierung Anordnungen getroffen worden, die Tausende und aber Tausende von Arbeitern brotlos machen müssen, die von einer Solidarität der Arbeiter nichts mehr wissen wollen, und die sich überdies — mit dem Verhalten der Amerikaner verglichen — als geradezu großartige Ehrenrettung des Kapitalismus darstellen.

## Fehldispositionen

Die Bürokratie hat untereinander eine eigene „Sprachregelung“. Wenn ein Beamter ohne Wissen seines Vorgesetzten nach eigenem Gutdünken Geld vergibt, und es wird aufgedeckt, dann spricht die Bürokratie von fehlerhaften Dispositionen. Würde dies der Gehilte seines Kaufmanns machen, dann würde ihn dieselbe Bürokratie unweigerlich zum Verbrechen stampeln und ihn u. U. marterlich verurteilen.

So hat vor einiger Zeit ein Ministerialrat im bayerischen Finanzministerium für den Wiederaufbau eines Hotels staatliche Mittel in Höhe von 1 Million D-Mark zur Verfügung gestellt ohne Wissen des Finanzministers — früher wurde über eine solche Summe vom Kabinett entschieden. Diese selbständige Entscheidung des Ministerialrats bezeichnete der Finanzminister als fehlerhafte Disposition. Selbstverständlich machte, wie seit je in solchen Fällen, der schuldige Beamte zum Arzt, und dieser stellte eine schwere Herzleiden fest, immerhin ein glückwünschendes Leiden als in manchen Fällen vor der Geldreform, wo Millionen RM „fehldisponiert“ wurden, wobei es dann im ärztlichen Gutachten hieß, daß der Beamte „vermindert zurechnungsfähig sei infolge eines im Kriege erlittenen Kopfschusses“. Eigenartig, daß bei „Fehldispositionen“ in immerhin beachtlicher Höhe die Bürokraten jeweils nicht ganz normal sind.

Auch hier besteht es sich. Der Finanzminister meinte, dieser „Mißgriff“ des Beamten — es handelt sich um keine Korruption — sei ein solches schweres Herzleiden zu erklären und deshalb entschuldigend. Der Beamte ging in den wohlverdienten Ruhestand. Dem gewöhnlichen Bürger würde man den Verlust aus „Fehldispositionen“ bis ans Lebensende vom Einkommen oder vom Lohn abziehen.

## NE-Metalle-West NE-Metalle-Ost

Zu den wichtigsten Rohstoffen jeder industriellen Betätigung gehören NE-Metalle, an denen Deutschland schon immer sehr arm war. Die deutsche Wirtschaft mußte deshalb im Zeitraume der Industrialisierung stetig Mengen NE-Metalle einführen.

ADN veröffentlichte vorhin eine Meldung, wonach die Lieferung von Rohstoffen einen bedeutenden Anteil an dem Wiederaufbau des Fränkischen Erzlandes in der sowjetischen Besatzungszone habe gefunden. NE-Metalle, erwähnt werden, wird gesagt, daß die Sowjetunion „größere Mengen Buntmetall produziert habe“. Aus Norwegen, Belgien, Finnland, Dänemark und Schweden seien 73 000 t Schwefelkies eingeführt worden. Diese Angaben beziehen sich auf die ersten fünf Monate 1948.

# Aus der deutschen Wirtschaft

## Französische Zone

Die französische Militärregierung hat die Aufhebung der Zwangsbesetzung der Zonen in der Landwirtschaft abgelehnt, wie der Präsident des landwirtschaftlichen Hauptverbandes, Lambert Schill, dieses Tage mittels als Begründung wurde angegeben, daß zunächst das Ergebnis der neuen Ernte und die Auswirkungen der Marshallpläne abgewartet werden müßten.

Infolge eingehenden Anstreichungsarbeiten der Uhrfabrik Jung hat sich die Absatzlage nicht in allen Kreisen der Firma sehr gut entwickelt. Die Produktion der Firma liegt etwa 1 Mill. DM fest, wird sich die Erntezeit von zunächst 600 Arbeitern der insgesamt 4000 Arbeitkräfte umfassenden Belegschaft nicht mehr vermindern lassen.

Das Salzwerk Hellbrunn der Kali-Compté AG. stellte im April 1949 11 000 t Salz, im Mai 12 000 t im März.

Alle in den französisch besetzten Gebieten Deutschlands gelegenen Vermögenswerte, die am 1. 1. 1945 mittelbar oder unmittelbar dem ehemaligen Deutschen Reich oder einem der ehemaligen deutschen Länder gehörten und deren Übertragung von der Militärregierung noch nicht angeordnet worden war, sind durch Verordnung der französischen Militärregierung vom 10. Juni für beschlagnahmt erklärt und den Ländern der französischen Zone unter gewissen Bedingungen übertragen worden. Ausgenommen sind Kriegsgüter, die dem Bundesrat am 31. 12. 1948 übertragenen Vermögenswerten sowie gewisse Kunst- und Kulturwerte, Archive und Dokumente, die nach dem September 1939 aus einem anderen Gebiet Deutschlands als den drei westlichen Besatzungszone oder den Westsektoren von Berlin fortgeschafft worden waren. Besonders behandelt werden ferner abgelie-

berte Altgoldschmelzwerke und bestimmte Vermögenswerte der Filmindustrie. Eine Reihe von besonders aufgeführten Vermögenswerten sollen von dem Land, auf dessen Gebiet sie sich befinden, nur vorläufig in Besitz genommen werden; das Land verleiht sie lediglich als Geschäftsbüro.

Die Lichtspielhäuser in der französischen Zone sollten seit 1943 ausschließlich ältere deutsche Filme, soweit sie von der Besatzungsmacht freigegeben waren, französische Filme mit deutschen Untertiteln oder synchronisierte französische Filme aufgeführt werden. Die Einkünfte aus dem Filmverleih fließen der unter Sequator stehenden Südwestdeutschen Filmverleihs-Gesellschaft in Baden-Baden zu. Spielfilme, die nach dem Krieg in der Zone gedreht worden sind, wurden bisher nicht aufgeführt, obwohl große Anstrengungen gemacht wurden, zu beschnittenen Filmen Produktionen einer beschleunigten Filmproduktion zu gelangen. In Baden-Baden und am Bodensee Produktionsstätten eröffnet. Eine Stärkung der schwachen finanziellen Grundlage der Filmindustrie durch Beteiligung der Lichtspielhäuser, die meist über größere Mittel verfügen, und der Verleiher, schützt am Antitrust-Gesetz der Militärregierung.

Die für den Vertrieb französischer Filme in Deutschland gegründete Internationale-Film-Alliance (IFA) in Baden-Baden dürfte am Aufkommen der neuen deutschen Produktion wenig interessiert sein, wenn sie auch am Lichtspielgeschäft maßgeblich beteiligt ist.

Während die Produzenten der Doppelzone ihren Rohstoffbedarf mit dem letzten bestmöglichen Mittel aus dem Ausland decken konnten, war dies den Filmherstellern in der französischen Zone kaum möglich. Von dem Ende 1948 vereinbarten trizonalen Filmverleihs erwartet man eine Besserung.

## Amerikanische Zone

Die Zahl der Arbeitslosen in Hessen hat mit 103 254 am 15. Juni einen neuen Höchststand seit der Währungsreform erreicht. Nach einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte war in der ersten Junihälfte erneut eine Zunahme von 1621 männlichen und 536 weiblichen Arbeitskräften zu verzeichnen. In den Arbeitsämtern Frankfurt, Groß-Gerau, Kassel und Limburg hat die Arbeitslosigkeit durch einen jahreszeitlich bedingten Aufschwung in der Landwirtschaft und dem Bergbauvermögen geringfügig abgenommen. Die Zahl der von den Betrieben gemeldeten Kurzarbeiter war in der ersten Junihälfte weiterhin rückläufig. Mitte Juni lagen nur noch von 617 Betrieben für 13 003 Arbeitskräfte Anträge auf Kurzarbeiterunterstützung vor gegenüber 155 Betrieben für 17 304 Arbeitskräfte Ende Mai.

Die Arbeitslosigkeit in Nordbayern nähert sich wieder dem Höchststand von März dieses Jahres. In der ersten Juni-Woche nahm die Zahl der Erwerbslosen abermals um 2 305 zu. Sie beträgt nunmehr 183 937.

Die Arbeitslosigkeit im Lande Nordrhein-Westfalen bis Mitte Juni in unverändertem Tempo angestiegen. Nach dem Erhebungsdatum des Landesstatistikamtes stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 21. Mai bis zum 15. Juni um 1 124 auf 1 804 648. Auffallend ist die verhältnismäßig geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Frauen im Vergleich zu dem starken Anstieg auf der Männerseite. Insgesamt übertrifft die Zahl der Arbeitslosen den Höchststand von 31. August 1948 gegenwärtig um 30 000 oder 1,5 Prozent.

Der Betrag der zu Protest gegen den Wechsel überführt wurde sich im Lande Württemberg-Baden im Mai auf 660 000 DM gegen 573 000 im Vormonat.

Der sozialpolitische Ausschuss des hessischen Landtages beschloß, den Henschelwerken in Kassel einen Staatskredit von über 7 Mill. DM einzuräumen, in den auch die Zehnerindustrie des Werkes im Kassel-Bereich mit einbezogen werden sollen. Die Firma Henschel mußte bereits im Februar dieses Jahres 600 Personen entlassen; über die Zurücknahme der Kündigung von weiteren 1000 Arbeitern und 200 Angestellten sei noch nicht entschieden, wie der Betriebsratsvorsitzende des Werkes erklärte. Auf die Zusage der Eisenbahnleitung Kassel hin, monatlich 50 Lokomotivrepaturen bei Henschel durchführen zu lassen, sei die Lokomotiv-Reparaturabteilung vergrößert worden. Später habe sich jedoch herausgestellt, daß die Eisenbahndirektion

nur 4 Aufträge habe vergeben können.

Obwohl der Mai zwei Arbeitstage mehr hatte als der April, sind die Einzelhandelsumsätze bei 500 Stuttgarter Firmen allgemein zurückgegangen. Die Indexzahl sank von 220,4 auf 218,5 (Mai 1948 = 100). Rückgang waren insbesondere die Umsätze für Nahrungs- und Genussmittel, für Bekleidung, Wäsche und Schuhe. Nur die Abschlässe in Maschinen und Kraftfahrzeugen lagen höher als im Vormonat.

Neben Landeskulturrententributen in natura will die bayerische Landeskulturrentenkommision in München auch mehrere Serienstudienforderungen ausgeben, die nicht in Landeskulturrententributen umsetzbar sind, wie das Institut mittelt.

Der neu gegründete bayerische Kaserverein München hielt anlässlich der bevorstehenden Aufnahme seiner Tätigkeit eine Sitzung des vorläufigen Aufsichtsrates ab. Er wird die Nachfolge der im Jahre 1942 aufgelassenen Wertpapierkassenbanken übernehmen, deren Befugnisse damals an die Reichsbank übertragen waren. Der Verein will sich in erster Linie darum bemühen, den Besitzern von Sammelanleihen oder Krediten erklärten Aktien möglichst bald wieder die Verfügungsgewalt für ihre Ersatztitel zu beschaffen.

Die Guthaben von rd. 938 100 Postcheck-Konten in der Doppelzone beliefen sich Ende Mai 1949 auf 701,5 Millionen DM. Wie die Hauptverwaltung für das Post- und Fernverkehrsamt weiter mittelt, wurden im Einzelnen Postcheckkonten im Mai 11,7 Millionen Guthaben über 1,5 Millionen DM und 11,4 Millionen Lastschriften über 524 Millionen DM ausgestellt.

Die Bank Deutscher Länder hat neben der Anteile der „Deutschen Reichsbank“ im Vereinigten Wirtschaftsgebiet“ Ausgabe Juni 1949, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt a. M. und von der „Finanziers AG“ in Speyer a. Rh. in diesem Jahre zusammenhängend Anleihen zum Erwerb durch Verwendung von Guthaben auf Anlagekonten für gestoppt erklärt.

Die Kalförderer der Doppelzone entspricht jetzt 700 000 t Reinkalt im Jahr. Da das Inland rund 600 000 t benötigt, würden für die Ausfuhr nur etwa 100 000 t verbleiben.

Die Bergbau-Lack- und Farbenfabrik AG. in Bremen mußte ihre Kapazität 500 t im Monat im knapp einem Drittel aus. Es werden Öl- und Öllackfarben, farblose Lacke, Emulsionen sowie Nitrocelluloselacke und -lackfarben hergestellt. Großschiffbau und Schiffbau, die vor dem

Kriege etwa die Hälfte der damaligen Produktion von monatlich rund 300 t abnehmen, sind zu einem großen Teil als Käufer ausgefallen. Die Erzeugung leidet unter anderem unter Mangel an ausländischen Rohstoffen, wie Leinöl, Harzen, Kopal und Mohl, sowie an den Ausgangsstoffen für die Herstellung von Nitrocelluloseharzen.

In Bremen trafen rund 100 amerikanische gebrauchte Strickmaschinen ein. Die Maschinen sind für Textilfabriken in Stuttgart, Weimar und Hamburg sowie für das erste Nylonwerk in den Westzonen, die Feinstreifmüllerei Uhlmann in Lippstadt, bestimmt.

Die in der Doppelzone für Textilwaren, Leder und Schuhe festgesetzten Einfuhrhandelspreise wurden nach einer Mitteilung der Hauptverwaltung Preis der Verwaltung für Wirtschaft bei der Preisbildung nicht mehr berücksichtigt zu werden. Die Preisgestaltung für diese Waren unterliegt nun noch den Bestimmungen des Gesetzes gegen Preisüberhöhung vom 29. Januar 1948.

Am 3. Juli wurden 20 Neubauwohnungen mit je 2 Zimmern, Küche, Bad, Keller und Bodenbelag unter den Inhabern von Vorwerkungskarten für die „Deutsche Bauausstellung“ in Nürnberg verlost, wie die Ausstellungsdirektion bekanntgab. Mit dem Vorverkauf der Karten wurde in verschiedenen deutschen Städten be-

grünten. Wohnrecht und Zusagegenehmigung gelten als erfüllt.

Der Präsidialrat der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels wendet sich in einer Entscheidung gegen die Errichtung von Handelsgeräten in Behördenunterkünften und spricht die Erwartung aus, daß die Länderverwaltungen und alle Verwaltungen und Behörden diesem „Unwesen“ Einhalt gebieten. Im Interesse der Verbraucher der Wirtschaft und des Staates müsse dieser Handel aufhören, da er den ordnungsgemäßen Warenfluß störe.

Das Zweimischkontrollamt hat dem auf der internationalen Güterartikelformen in Metzern gefällten Beschluß, wieder Frachtschätzungen zwischen Deutschland und den übrigen europäischen Ländern zu betreiben, grundsätzlich zugestimmt. Man nimmt an, daß ab 1. Januar 1950 jeder Versender wieder entweder frei Abgangs- oder Frachtschätzungen verkaufen kann. In einzelnen dringenden Fällen soll versucht werden, die Neuregelung noch vor dem 1. Januar 1950 in Kraft treten zu lassen.

Das Hapag-Lloyd-Reisebüro hat wieder Fahrten nach Großbritannien und Schweden auf deutschen Fracht-Dampfern. Die Passage kann in deutscher Währung bezahlt werden. Die Schiffe fahren alle sechs Tage ab Hamburg oder Bremen.

Die Hälfte aller Industriearbeiter in der Ostzone ist in rund 7000 vollzeitigen Betrieben beschäftigt, wie das Organ des Deutschen Völkerverbands berichtet. Nach dem Haushaltsplan für 1949 werden sich die Einkünfte aller vollzeitigen Betriebe auf etwa 14 Milliarden Ostmark, die Ausgaben auf etwa 13 Milliarden Ostmark belaufen.

Die MEWA-Werk Union (VEB) in Quedlinburg, das Maschinenbauwerk für Aluminiumschloßer, betreibt, erhielt einen größeren Auftrag aus der Schweiz.

Die Ausfuhr von thüringischem Gebrauchs- und Zierporzellan lag im Mai etwa um drei Fünftel höher als im Jahresbeginn. Bei Glaswaren aller Art konnten die Verkäufe verdoppelt werden. Sehr gefragt ist wieder thüringischer Christbaumschmuck.

Verbindungen mit Ägypten, den südkanarischen, den Beneluxstaaten, dem Iran, mit Portugal, Skandinavien, der Schweiz und mit der Türkei wurden aufgenommen. Günstige Exportverträge konnten abgeschlossen werden.

Auf einer Tagung der Seidenbauern der sowjetischen Besatzungszone wurde die Gründung einer Gesellschaft zur Förderung der Seidenbauern mit Sitz in Plauen (Vostland) beschlossen. Wie auf der Tagung verabschiedet, hat der Seidenbau in der sowjetischen Besatzungszone in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht. Sachsen stehe mit 130 Züchtern an der Spitze; es habe im vergangenen Jahr 3380 kg Kokons fast die Hälfte der Erzeugung der Zone geliefert.

Das Flachswarenwerk Olanitz im Vostland hat die Produktion aufgenommen, nachdem die Grube geteilt worden ist. Das Flachswarenwerk hat 80 bis 90 Prozent her. Das Soll beträgt für das 3. Vierteljahr 450 t, für das 4. Vierteljahr 500 t.

Das ehemalige Krupp-Gruson-Werk in Magdeburg wird beschleunigt auf- und ausgebaut. Bis zum September 1949 waren von dem stark krisenverfallenen Werk bereits vier Fünftel der Anlagen wieder instand gesetzt worden, darunter die Stahlgießerei, der Motorenbau, der Schwermaschinenbau und die Schmiede. Die Stahlgießerei wurde inzwischen durch eine neue Hartstahlgießerei erweitert und die Leistungsfähigkeit dadurch um rund 2500 t monatlich vergrößert. Ferner wurde mit dem Aufbau der völlig zerstörten Eisengießerei begonnen; sie wird für Güterstücke bis zu 60 t Rohgewicht eingerichtet und soll unter anderem Warmwalzen für Walzwerke herstellen. Neu eingerichtet werden ferner Abteilungen für die Herstellung von Zementmaschinen, Kriech- und Anlagen der Erntevorbereitung. Bis zum 1. September soll die Vorkriegsleistungsfähigkeit erreicht werden.

Die Hallische Kollereimaschinenfabrik in Halle stellt gegenwärtig monatlich vier Flachswarenmotoren für eine Leistung von jährlich 2000 Flachsen her. Bei besserer Belieferung mit Gußeisen könnte die Produktion wesentlich gesteigert werden.

In einem Zweigbetrieb der VVB Textila in Lombeh wurde aus fünf verschiedenen Spezialmaschinen-typen eine Grundkonstruktion entwickelt, die durch Auswechseln neu zu schaffender Zusatzteile jeden Verwendungszweck angepaßt werden kann.

Die Armaturenfabrik Dicker & Werneburg in Halle stellt als einziger Betrieb der sowjetischen Besatzungszone Zentralmischmaschinen her; sie entwickelt ferner einen neuen,artigen Hochdruck für 500 at Druck. Auftragsaufträge liegen aus den Niederlanden aus den Beneluxländern und Polen vor. Westdeutsche Fabriken wollen Erzeugnisse des Werkes gegen Lieferung von Rohren, Schrauben und Werkzeugen beziehen.

Das westdeutsche Flachswarenwerk haben bei der Verwaltung für Wirtschaft die Erhöhung der Rückforderungsquoten von 35 auf 40 Prozent des Strohhaltwertes beantragt.

Der Rundfunkhandel hat im Mai gegenüber der Monate in den vorangegangenen Monaten eine merkliche Steigerung erfahren. Philips Valvo konnte im Mai den Umsatz von Apparaten des Typs „Philips 1948“ gegenüber dem Vormonat etwas um die Hälfte erhöhen. Bei den Großgeräten war die Absatzsteigerung noch größer. Industrie und Handel rechnen mit einer weiteren Belebung des Rundfunkgeschäftes im Juni. Wie aus Kreisen des Rundfunkhandels verlautet, haben die Teilzahlungsstellen erheblich zur Absatzsteigerung beigetragen. Es scheint auch, daß die Käufer mit Einkäufen nicht mehr wie bisher wegen der Ungewissheit über den neuen Wellenlauf zurückhalten. Einige Gerüstfabriken haben die Skalen entsprechend eingestellt.

Saatgut soll künftig nur noch nach Bedarf in die Doppelzone eingeführt werden. Es ist nicht beabsichtigt, Auffangstellen zu schaffen, um auf längere Sicht benötigte Einfuhren aufzunehmen. Bei der Außenhandelsstelle in Hamburg lagern noch ausländische Saaten aus vorjähriger Ernte im Werte von 25–30 Mill. DM.

Nach einem Bericht des Leipziger Messenwirts, wird die Leipziger Messe im Hinblick auf die Feierlichkeiten anlässlich der Wiederkehr des Geburtstages von Goethe vom 30. August bis 4. September stattfinden.

Letzt Mittels der Hauptverwaltung Finanzen der Deutschen Wirtschafts-kommission wurde bei allen Kreditinstituten der sowjetischen Besatzungszone

## Ostzone

der Zinssatz für kurzfristige Kredite am 1. Juni um 1 auf 5 Prozent jährlich herabgesetzt. Die Kreditinstitute wurden ferner ermächtigt, bei Finanzierungsverträgen von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung auf die Berechnung der Kreditprovision zu verzichten.

Mit Beginn des Haushaltsjahres 1949/50 wurde das Leipziger Messenwirts

den 118 dem Verband angeschlossenen Betrieben bisher nicht erfolgt. Nur ein Prozent der gesamten westdeutschen Gesamtgewinnung wird gegenwärtig ausgeführt.

Nach der Währungsreform ist der heimische Flachs in Westdeutschland wegen der billigeren Einfuhr nicht mehr wettbewerbsfähig. Die gesamte letztjährige Ernte liegt noch unverkauft in den Röstereien. Deutsche Fachkreise vertreten die Ansicht, daß Frankreich, Großbritannien und Dänemark nur deshalb niedrigere Preise fordern, weil dort erhebliche Zuschüsse gewährt werden, z. B. in Frankreich 18 DM je dt. Der Erntezunahmeausfall des Wirtschafters der Doppelzone ist sich einig, daß der Flachsbaubau gefördert werden muß. Bei Gewährleistung von Beihilfen — bis 1945 wurde ein Beihilfenmaß von 12 RM je dt gezahlt — würden jährlich etwa 4,5 Mill. DM benötigt, die in einem Nachtragsergänzung bewilligt werden müßten.

In den Flachswarenbetrieben der Doppelzone mit 4000 Beschäftigten ist ein Kapital von 15–20 Mill. DM investiert. An ihnen sind die deutschen Flachswarenbetriebe mit 40 Prozent beteiligt. Der Flachsbaubau in der Doppelzone könnte den Bedarf der dortigen Leinwandindustrie zu einem Zehntel decken. Nur für Leinwand, wie Spitzen, oder Spezialerezeugnisse, wie Schusterwaren, genügen die deutschen Quantitäten nicht.

Die westdeutschen Flachswarenbetriebe haben bei der Verwaltung für Wirtschaft die Erhöhung der Rückforderungsquoten von 35 auf 40 Prozent des Strohhaltwertes beantragt.

Der Rundfunkhandel hat im Mai gegenüber der Monate in den vorangegangenen Monaten eine merkliche Steigerung erfahren. Philips Valvo konnte im Mai den Umsatz von Apparaten des Typs „Philips 1948“ gegenüber dem Vormonat etwas um die Hälfte erhöhen. Bei den Großgeräten war die Absatzsteigerung noch größer. Industrie und Handel rechnen mit einer weiteren Belebung des Rundfunkgeschäftes im Juni. Wie aus Kreisen des Rundfunkhandels verlautet, haben die Teilzahlungsstellen erheblich zur Absatzsteigerung beigetragen. Es scheint auch, daß die Käufer mit Einkäufen nicht mehr wie bisher wegen der Ungewissheit über den neuen Wellenlauf zurückhalten. Einige Gerüstfabriken haben die Skalen entsprechend eingestellt.

Saatgut soll künftig nur noch nach Bedarf in die Doppelzone eingeführt werden. Es ist nicht beabsichtigt, Auffangstellen zu schaffen, um auf längere Sicht benötigte Einfuhren aufzunehmen. Bei der Außenhandelsstelle in Hamburg lagern noch ausländische Saaten aus vorjähriger Ernte im Werte von 25–30 Mill. DM.

Nach einem Bericht des Leipziger Messenwirts, wird die Leipziger Messe im Hinblick auf die Feierlichkeiten anlässlich der Wiederkehr des Geburtstages von Goethe vom 30. August bis 4. September stattfinden.

Letzt Mittels der Hauptverwaltung Finanzen der Deutschen Wirtschafts-kommission wurde bei allen Kreditinstituten der sowjetischen Besatzungszone

Diesen etwas dürftigen Angaben steht der Jahresbericht der Wirtschaftsvereinigung NE-Metalle, Düsseldorf, für die Westzonen gegenüber. In ihm über eine fast verdoppelte NE-Metallversorgung in Westdeutschland im Jahre 1948 gegen den Vorjahr berichtet wird. Außerdem werden über die Metallimporte im Jahre 1948 konkrete Angaben gemacht. Folgende Importe werden ausgewiesen: Nischenminium 22 083 t, Kupfer 10 100 t, Blei 1947 t, Zinn 2548 t, Feinsilber 6275 t, Zinn 1628 t, Zinnlegierungen 230 t, Nickel 1236 t, Antimon 9743 t, Kadmium 113 t und Kobalt 29 t.

Diese Mengen sind sicher noch bescheiden, wenn man sie mit den Vorkriegseinfuhren für ganz Deutschland vergleicht. Man muß dabei aber berücksichtigen, daß, wie gesagt, die Erzeugung von NE-Metallen sich 1948 enorm entwickelte, und daß die hohen Vorkriegseinfuhren a. T. auf die Nordzonen zuzurechnen sind. Die westdeutsche Wirtschaft ist heute schon ausreichend mit NE-Metallen versorgt. In letzter Zeit waren sogar größere

Mengen NE-Metalle der ostdeutschen Produktionszone zur Verfügung zu stellen. Es ist im Gegenteil eher danach zu rechnen, daß die NE-Metallversorgung der ostdeutschen Satellitenstaaten der Sowjetunion, bzw. ihrer Erdkrone, heute von der sowjetischen Wirtschaft benötigt werden. Das gilt sowohl für das polnische Zinn und Blei, wie für das finnische Kupfer und Nickel sowie für das ungarische Bismut usw. Es ist deshalb zu erwarten, daß sich ADN auf vagen Angaben bei den NE-Metalllieferungen für die ostdeutsche Industrie beschränken muß.

# Englands Eisen- und Stahlindustrie

### Oberhaus lehnt Verstaatlichung ab

Von unserem Londoner Berichterstatter

Die britische Eisen- und Stahlindustrie steht nach wie vor an der Spitze der Produktionsleistung, deren das Land zu dreifachem Bedarf um von 1932 ab ohne Marshallplanhilfe auszukommen. Angesichts dieser Sachlage begreift die Ansicht der Labourregierung, diese Industrie zu verstaatlichen, auch in den eigenen Reihen der Labourpartei nicht geringen Widerstand. Nur fanatische Dogmatiker können die Nationalisierung dieser Industrie als die Lösung der gegenwärtigen Situation noch befürworten. Solche gibt es in Großbritannien heute nur relativ wenige, obwohl sie mit Aneurin Bevan an der Spitze einen unverhältnismäßig starken Einfluß in der Labourbewegung innehaben. Die Gesetzesvorlage liegt seit einigen Wochen dem Oberhaus zur Lesung vor und hat dort, wie erwartet, nicht nur sachliche, sondern auch persönliche Rückwirkungen ausgelöst.

Das britische Oberhaus lehnte den Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der britischen Eisen- und Stahlindustrie, wie zu erwarten war, ab. Die Ausschüsse ergab 94 Stimmen gegen und 21 Stimmen für das Gesetz. Die Verbesserungsvorschläge des Oberhauses werden durch das Unterhaus neu beraten werden. Sollte sich Unter- und Oberhaus nicht einigen können, so würde der

Gesetzesvorschlag des Parlamentes nach einem Jahr auch gegen den Willen des Oberhauses Gesetzkraft erlangen. Wohl der wichtigste Gegenstand des Oberhauses sieht die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie vor. Zunächst beruft sich die Opposition darauf, daß das „Mandat“ der Labourregierung, das aus dem Wahlergebnis von 1945 hinsichtlich dieser Heftigen Eingriffe in die Industrie abgeleitet wird, sehr zweifelhafter Art ist. Das Verstaatlichungsprogramm ist nie von einer Mehrheit der Stimmenten, geschweige denn von der Volksgemeinschaft, gebilligt worden, sondern nur von 48%. Die Opposition sah daher in der Gesetzesvorlage den Versuch, der demokratischen Gesetzgebung Gewalt anzutun, und beschließt, die Verstaatlichung des Eisen- und Stahlwesens mit vollem Recht, eine Verletzung des falschen Schritts im Namen der Wahrung der demokratischen Volksgemeinschaft zu fordern. Sie erwartete zwar nicht, daß sie wesentliche sachliche Änderungen der Vorlage durchsetzen können wird, sie beharrte aber bis zur Verwerfung in 1. Lesung stark auf einer einzigen Änderung: auf der Bestimmung nämlich, daß das Gesetz erst im Oktober 1950 in Kraft gesetzt werde. Dazu wäre

nämlich die vorhergehende Bestätigung der Labourregierung durch die im Frühjahr 1950 fälligen Generalwahlen notwendig. Geht die Regierung nicht auf diesen Termin ein, so könnte sie das Gesetz im Dezember dieses Jahres, wenn die Abschaffung des Vetos der Opposition im Unterhaus gegen den Willen des Landes in Kraft setzen.

Auch in Labourkreisen beginnt man sich aber allmählich darüber klar zu werden, daß es taktisch unklug wäre, weiter dagegen anzugehen, daß die In-kraftsetzung der Vorlage über den Termin der allgemeinen Wahlen hinaus verschoben wird. Man wäre daher nicht überrascht, wenn die Regierung dem konservativen Antrags auf Verstaatlichung letzten Endes zustimmen würde. Denn die eigene Anhängerschaft muß sich in zunehmendem Maße über die wahlpolitischen und praktischen Folgen der Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie Sorgen, Unzufriedenheit und in aller Form hat Churchill als Führer der konservativen Partei die Rückbildungsfrage für den Fall eines konservativen Wahlergebnisses in Aussicht gestellt. Ob die Labourregierung die Maßnahme danach den Volkswahlern der allgemeinen Wahlen vorstellen kann, erscheint fraglich. Die Taktik der Opposition (Nichtverwerfung der Vorlage, sondern nur Forderung der Verschiebung des Termins der Inkraftsetzung) nimmt der Labourpartei auch die Möglichkeit, das Oberhaus im Wahlkampf der Sozialisten des Volkswillens zu beschuldigen.

Ein dramatisches und vielbesprochenes Auftrakt gab es nun im Oberhaus bei Diskussion der Vorlage. Der im 84. Lebensjahre stehende Lord Milverton trat in dramatischer Weise aus der Labourpartei aus, weil er mit dem Beschluß der Regierung auf Verstaatlichung der Stahlindustrie nicht einverstanden ist. Lord Milverton war ehemaliger Kolonialbeamter und Gouverneur von Nigeria; er wurde 1947 im Oberhaus berufen und war Mitglied der Labourpartei geworden. Dichtgedrängte Reden in dem sonst meist nur schwach besuchten Oberhaus warteten aufmerksam und gespannt auf seinen Angriff auf die Regierungspolitik. Sie kamen auf ihre Kosten. Temperamentvoll sprach der ehemalige Gouverneur das Labourregime an. „Ich hatte Ziele und Ideale, die ich in der Labourpartei glaubte verwirklichen zu können. Ich glaubte, an einem Kreuzungspunkt stehen und finde heraus, daß ich mich in einen Bankrott verwickelt.“ Er habe sein Leben, so rief er aus, der Aufgabe gewidmet, rückständigen Völkern die Freiheit begrifflich zu machen; in seinem Alter könne er sich daher nicht dem ergeben, einen freien Volk die Sklaverei mundgerecht zu machen. Er habe ferner eine Besorgnis darüber, daß ein Mann wie Bevan, dem er als einem Schurkenerkennungszeichen, zunehmenden Einfluß in der Labourbewegung gewinne. Seine eigene Erfahrung in Verwaltungssachen habe ihm gezeigt, wie unbeschränkter Bürokratismus ein Unternehmen erzwängen könne. Auf sachlichem Gebiet sehe ihm die Ver-

staatlichung der Eisen- und Stahlindustrie ein gefährlicher Schritt in der Richtung auf ein totalitäres Regime zu sein. Am Ende seiner Rede begrüßte Lord Milverton an der Spitze der Liberalen Partei und sagte damit, daß er sich der Liberalen Partei angeschlossen habe.

Wenn diese Worte auch nur eine Episode bleiben wird, durch die sich die Regierung nicht beeindrucken lassen wird, so hat diese Demonstration eines angehenden ehemaligen Beamten doch starken Eindruck gemacht. Mittelbeweis zeigt sich die Ablehnung nahezu aller sachlichen Verbesserungsvorschläge im Oberhaus eine Schlappe nach der anderen. Von den Anträgen bewegen sich z. B. zwei auf die Zusammenverlegung der obersten Verwaltungsbehörde der verstaatlichten Stahlindustrie und ein dritter auf die Befähigungsvoraussetzungen von Untergesellschaften. Ein Antrag lautet dahin, daß die Stahlkommission von 10 Mitgliedern, welche die Stahlindustrie kontrollieren soll, mindestens mit 3 erfahrenen und bewährten Kräften der Eisen- und Stahlindustrie und wenigstens einem Vertreter der verarbeitenden Industrie besetzt werden solle. Die Regierung lehnte den Antrag ab, er wurde jedoch mit 96 gegen 21 Stimmen angenommen.

### Die Aussichten der britischen Eisen- und Stahlindustrie

Die britische Eisen- und Stahlindustrie hat sich trotz der Krisenzeichen in der Weltwirtschaft bisher als sehr stabil erwiesen. Fachkreise in England sind allerdings der Ansicht, daß auch für die Industrie sich gewisse Sturmzeichen abzeichnen. So wird der ständige Rückgang der amerikanischen Stahlproduktion mit einiger Unruhe verfolgt, da man von ihm gewisse Rückwirkungen auch auf den britischen Absatz befürchtet. Innerhalb Obersteige

gegenwärtig noch die Nachfrage das Angebot, und es sei in England immer noch schwierig, neue Orders auf Eisen und Stahl unterzubringen. Nur vereinzelte neue Aufträge für Auftragsarbeiten sind bemerkbar. Vor allem die Exportlage für britischen Stahl sei zufriedenstellend. Die Ausführungen sind immer noch im Steigen begriffen. Wenn eine gewisse Stilligung der Märkte eintreten wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Die Schrottlage in Großbritannien ist ebenfalls noch als befriedigend anzusehen und das Geschäft ist ausgesprochen lebhaft. Mit gewisser Sorge beobachten allerdings Fabrikanten das Anwachsen der Verträge für ein Reihe von Werken und beim Handel. Auch für Rohstoffe ist die Absatzlage gegenwärtig noch gut. Im Vergleich zu den letzten Monaten läßt sich jedoch erkennen, daß die Nachfrage schwächer geworden ist. Während Eisen mit geringem und mittlerem Preisniveau in jeder Hinsicht von den Werken aufgenommen wird, ergeben sich bei Hämatit leichte Schwierigkeiten. Gegenwärtig ist die Beschaffung von Hämatit kein großes Problem mehr. Die Kokskohle wird als befristet angesehen. Die Nachfrage nach Ferro-Wolfram, Molybdän und Titan ist unermesslich geworden, während Ferro-Silizium weiter stark abgenommen ist. In Walzwerkserzeugnissen wächst sich das Geschäft jetzt wieder ab. In den nächsten Monaten, da genügend Vorprodukte auch aus dem Ausland herbeigekommen sind, auch die Beschaffung hat sich erhöht, vor allem infolge größerer Importe von Platten. Stillfertigungserscheinungen sind unbedeutend aufgetaucht. Platten und Bleche, vor allem geringere Stärken, sind schwerer zu beschaffen. Die Walzwerkwehrlagerbestände über anhaltend hohen Absatz auf dem heimischen und auf dem Exportmarkt bei unverändertem Preis.

## Japan: Dollarkurs bewirkt Ausfuhrückgang

Wie erwartet, hat die Festsetzung eines einheitlichen Kurses für den Dollar in Höhe von 360 Yen am 25. April 1949 zu einer erheblichen Abschwächung der japanischen Exporte geführt. Als Folge davon nehmen die Lagerverhältnisse an Eisen- und Stahlprodukten, Rohstoffe, Baumwollwaren und anderen Gütern erheblich zu. In den ersten drei Wochen des Mai betrug der Rückgang der Ausfuhr bei Chemikalien 99%, bei Maschinen und Textilien 79%, bei landwirtschaftlichen und Flachsenerzeugnissen 69%. Die japanischen Beschaffter betonen aber, daß die Kurstretzung nicht allein der Grund für den Rückgang sei, sondern daß auch die Konkurrenzschwäche in USA eine bedeutende Rolle spiele. Besonders schwierig sei die Lage in der Eisen- und Stahlindustrie. Die Ausfuhrbeträge für April und Mai hätten nur 20 000 t erreicht, während das Ausfuhrziel für das ganze Jahr 800 000 t betrage. Um das Ziel zu erreichen, habe die japanische Regierung bei den Besatzungsmächten beantragt, die Grundpreise herabzusetzen. Da diese Preise zu hoch festgesetzt seien, ergebe sich daraus, daß Eisenblech in Japan für 120 Dollar je Tonne koste, während es in Singapur für 100 Dollar angeboten werde. Neben dem Rückgang der Ausfuhr wird mit Beunruhigung beobachtet, daß ausländische Importeure in zunehmendem Maße ihre Einfuhrkon-

trakte für japanische Waren annullieren. Dies führte dazu, daß Rohmaterialien, die zur Herstellung von Exportwaren eingeführt wurden und Mittel unproduktiv gebunden werden. Als Gegenmaßnahme hierfür will das japanische Außenhandelsministerium Kontrakte für nichtig erklären, die im März geschlossen worden sind und für die bis Mitte Mai noch keine Kreditbriefe hinterlegt worden sind. Die Besatzungsmächte und die japanische Regierung wollen jetzt neue Bestimmungen erlassen, die von ausländ. Käufern japanischer Waren verlangen, daß die Kaufsumme ganz oder teilweise in Form eines Kreditbriefes oder in bar hinterlegt wird, bevor den japanischen Fabrikanten die Rohmaterialien zugestellt werden, die zur Erfüllung eines Kontraktes braucht.

### Industrieproduktion steigt

Der Index der japanischen Industrieproduktion stellte sich im März auf 98 (Durchschnittlich 1930/34 = 100). Gegenüber Februar ist er um 4 Prozent gestiegen, am stärksten im Kohlenbergbau und in der chemischen, Textil-, Lebensmittel- und Baustoffindustrie. Die Kohlenförderung war im März mit 1,25 Mill. t die höchste seit dem Krieg. Die Erzeugung des Rohstahlerzeugnisses mit 14 800 Ballen gegenüber dem bisherigen monatlichen Höchstwert von 12 900 Ballen.

## Frankreich: Rückläufige Produktion

### Modernisierung der Stahlindustrie

Nicht so sehr die beginnende Urlaubsperiode wie die Stilligung des Marktes lassen für die nächsten Monate einen nahezu allgemeinen Rückgang der Produktion in Frankreich erwarten. Die Eisen- und Stahlindustrie, zum Teil auch die Werkzeugmaschinenindustrie und zahlreiche andere Grundindustrien klagen bereits über einen Rückgang der Aufträge.

Die Kohlenproduktion hatte schon im Monat Mai einen Rückgang auf 4 240 000 t (die Saar nicht inbegriffen) gegen 4 302 000 im April und 4 625 000 im März zu verzeichnen, doch war diese Rückläufigkeit ganz auf die Ursache zurückzuführen, denn die Durchschnittsleistung je Tag und Mann hat unterdessen zum erstenmal seit dem Krieg wieder 100 kg erreicht gegen 91 kg im Jahre 1948 und 129 kg 1947. Dieser Produktionsrückgang hatte auch schon in der Kohlen- und Koksindustrie zu einer Kürzung der Kohlenlieferungen an die nordfranzösischen Industrieanlagen geführt.

Eine glänzende Entwicklung verspricht sich weiterhin die Automobilindustrie zu nennen. Sie ist mit Aufträgen für mindestens 1 1/2 Jahre bereits versehen. Die Renault-Werke in Paris haben bis Anfang Juni insgesamt 50 000 Personenzüge ihrer 4-PS-Typen hergestellt. Im Mai erreichte die Produktion mit rund 11 800 Einheiten einen neuen Rekord der monatlichen Produktion.

Das französische Aufbauprogramm sieht namentlich die Modernisierung der Stahlindustrie vor. Wie jetzt in Washington bekanntgegeben wurde, hat die ECA inzwischen dem vorliegenden Modernisierungsplan zugestimmt. Es sollen insgesamt 133,96 Mill. Dollar im Rahmen eines Dreijahresplanes für die Modernisierung und Ausdehnung der Eisen- und Stahlproduktion in Hayange und Champs aufgewandt werden. Dem Produktionsplan ist ein Inlandsbedarf von 1,2 Mill. t Rohstahl und ein Ausfuhr-Soll von mindestens 200 000 t zu Grunde gelegt. Die Durchführung des Planes soll in Verbindung mit den bereits geschlossenen anderen Projekten in der französischen Stahlindustrie die Befähigung des Inlandmarktes mit Qualitätsblechen und Weichblech gewährleisten und einen beträchtlichen Überschuß für Exportzwecke zustande kommen lassen.

Die Modernisierung und der Ausbau der französischen Stahlindustrie sollen in zwei Phasen durchgeführt werden. In der ersten Phase werden 61,2 Mill. Dollar, einschließlich 20,2 Mill. Dollar ECA-Mittel für Beschaffung der Werkzeugausrüstungen in den USA zur Verfügung stehen. Zu errichten sind u. a. zwei Strahlrohrwerke. In der zweiten Phase finden 72,7 Mill. Dollar, davon 10,4 Mill. aus ECA-Mitteln, Verwendung. Zur Errichtung gelangt in dieser Phase u. a. eine Koksofenanlage von 84 Öfen, ein weiteres Kaltwalzwerk und Anlagen für die Ausdehnung der Rohstoffherstellung um jährlich 500 000 t. Das gesamte Programm soll 1952 bereits durchgeführt sein.

Die Durchführung des Projektes obliegt der Société Lorraine et Laminage continue, einer neuen Holding-Gesellschaft, die aus acht überregionalen Eisen- und Stahlbetriebsstätten und einer Gesellschaft der Saar gebildet worden ist.

**Außenhandel und Handelskammer**

Die amtlich bekanntgegebenen Zahlen lassen einen Rückgang der französischen Ausfuhr im Mai auf 6,9 Mrd. Fr. gegenüber 6,1 Mrd. im April erkennen. Die Einfuhr ging auf 8,3 Mrd. gegenüber 8,4 Mrd. im April zurück. In den ersten fünf Monaten 1949 erreichte die Ausfuhr 32,4 Mrd., die Einfuhr 30,3 Mrd. Fr.

Am 18. Juni wurden zahlreiche französische Einfuhrzölle erhöht.

## Frankreich: Rückläufige Produktion

### Modernisierung der Stahlindustrie

Die Erhöhung wird mit der Notwendigkeit begründet, dem Staat neue Einnahmen zu verschaffen. Von dem Wirtschaftsbild „Les Echos“ wird die Maßnahme als für die Wirtschaft schädlich und als entscheidender Schritt auf dem Weg einer verhängnisvollen Produktionspolitik bezeichnet. Die hohen Zölle für Eisen und Stahl sind nicht nur den notwendigen Rückgang der Preise verhindern, sondern dadurch sogar Preissteigerungen bewirken, daß sie insbesondere Rohstoffe für die chemische Industrie, Industriemaschinen, Fertigerwaren und zahlreiche Agrarprodukte betreffen. Diese Zollpolitik sei auch von europäischen Standpunkt nicht gutzuheißen, da sie sich von dem Ziel entferne, das vom Marshall-Plan gesteckt worden sei.

Zwischen Frankreich und Norwegen wurde ein vom 14. Juni 1949 bis 14. Juni 1950 gültiges Handelsabkommen abgeschlossen, das einen Waren- und Dienstleistungsaustausch im Gesamtwert von 23 Mrd. vorsieht. Frankreich liefert Eisen, Stahl, elektrotechnische Material, Kältemittel, chemische Erzeugnisse und Textilwaren gegen Papiermasse, Zellulose, Papier, Metalle, Nahrungsmittel, Fett und Fisch aus Norwegen. Ein am 14. Juni 1949 zwischen Frankreich und Spanien abgeschlossener Handelsabkommen sieht einen Waren- und Dienstleistungsaustausch von 23 Mrd. Fr. vor. Seit einiger Zeit zwischen Frankreich und Irland laufende Verhandlungen, haben mit dem Abschluß eines Handelsvertrages geendet. Das Abkommen deckt sich praktisch mit dem im Vorjahr abgeschlossenen.

Im Handelsvertrag zwischen Frankreich und Jugoslawien wurde u. a.

der Austausch folgender Waren festgelegt:

Frankreich liefert: Kraftfahrzeugreifen (20 000 Stück), Wollgarn (150 t), Seidengarn (20 t), Wolle- und Baumwollstoffe (75 Mill. Fr.), Arbeitsstoffe (225 Mill. Fr.), Feuerlöscher (150 000 qm), verschiedene Eisen- und Stahlzeugnisse (40 000 t), Rundfunksender-Ausrüstung (400 Mill. Fr.).

Jugoslawische Lieferungen (im 1000 t): Kupfer (5,5), Blei (4), Pyrit (10), Chrom (2), Zink (4), Kupfererz (7,5), Papier (3), Mais (10), Zement für franz. Überseegebiete (20), 100 000 Stk. Papierholz, 120 000 Stk. Holz- und Grubenholz und 200 000 Eisenbahnschwellen.

In dem weiteren Protokoll, wonach Frankreich innerhalb von fünf Jahren Industrieerzeugnisse im Wert von 15 bis 20 Milliarden französische Franc liefern will, sind folgende Leistungen vorgesehen:

Eine vollständige Erdölraffinerie, eine Anlage für die Auswertung von Gips, Siemens-Martin-Öfen, Transformator, die vollständige Einrichtung einer Aluminiumfabrik, ein Aluminiumwerk, eine Anlage zur Herstellung von Elektroden, eine Zink-elektrolyse-Anlage, ein Werk zur Gewinnung von Magnesium aus Meerwasser, verschiedene chemische Anlagen, Zündholzmotoren, eine Papierfabrik, Bestandteile für Hochöfen und eine Anlage zur Herstellung von Viskose (Leistung 21 000 t im Jahr). Die jugoslawischen Gegenlieferungen umfassen Blei, Zink, Kupfer, Antimonium, Quecksilber, Zinkoxyd, Papierholz, Eisenbahnschwellen, Grubenholz, Blech, Mais und Hanf.

## BIZ erörtert Abwertungen

### Nur Länder mit freier Wirtschaft können sich hohe Löhne und eine starke Währung leisten

Die Abwertung des mexikanischen Pesos um 44% bestätigt, nach Meinung von City-Kreisen, die Bereitschaft der Washingtoner Behörden, wie des Internationalen Währungsfonds, wie des Internationalen Währungsfonds, sich zu größeren Abwertungen zuzulassen, wenn dadurch das Währungsgleichgewicht wieder hergestellt wird, während die Abkommen von Bretton Woods eine Abwertung um 10% als das Höchste betrachten. Schon zu Anfang dieses Jahres sei der Internationale Währungsfonds bereit gewesen, die gleiche Konzession, wie jetzt Mexiko Frankreich zu machen. Der französische Franc wurde vor wenigen Tagen gegenüber dem belgischen Franc, allerdings nur für finanzielle Transaktionen und nicht für den Handelsverkehr, um ungefähr 20% abgewertet. Neuseeland hat andererseits seine Währung im August vorigen Jahres um 25% aufgewertet.

In zunehmendem Maß wird in London die Währungsveränderung in Beziehung zu den Goldreserven betrachtet. City-Kreise machen sich Sorgen wegen der dauernden Abnahme dieser Reserven in allen Ländern weicher Währung. In Großbritannien beispielsweise spiegelt sich diese Sorge im Börsenkurs für „Goldreserven“ seit dem Freitag voriger Woche deutlich wider. Die britischen Goldreserven haben trotz Marshallhilfe stetig abgenommen. In den letzten Wochen hat diese Entwicklung einen schärferen Trend bekommen. Großbritannien könnte seine Goldreserven nur unter Verzicht auf Investitionen, die die Produktivität der britischen Industrie steigern sollen oder auf Kosten der übrigen Sterlingländer erhöhen.

Die BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) bringt dies in einem solchen vorläufigen Bericht auf folgende Formel: „Großbritannien hat seine Hilfsmittel zuzulassen der ihm aus dem Marshallplan zufließenden Mittel dafür eingesetzt, seine Stilllegungsbilanzen zu begleichen. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, seine Währung zu stärken.“ Diese Stärkung aber kostet Dollar. In früherer Zeit stand über allem die Goldpolitik der Länder. Durch sie wurde die Höhe der Zinsen und selbst die Höhe der Beschäftigung reguliert. Noch sind die Regierungen nicht gewillt, dem Golde diese führende Stellung zurückzugeben, aber es scheint so,

daß man dieser Angelegenheit in Kürze eine größere Aufmerksamkeit als bisher widmen müssen.

Fast alle Währungen der Welt sind in ihrem Verhältnis zum Dollar abgewertet. Die Löhne belaufen sich, ohne Zweifel von einem beträchtlichen Einfluß auf die Gestaltung der Konten, auf den Dollar umgerechnet im letzten Jahr folgende Zunahme:

	in Prozent von 1937:
Belgien . . . . .	184
Schweden . . . . .	115
USA . . . . .	112
Belgien . . . . .	87
Italien . . . . .	71
Großbritannien . . . . .	69
Frankreich . . . . .	51
Niederlande . . . . .	25

Nach diesem Vergleich müßten Belgien, Schweden, die USA und die Schweiz die schwächsten Währungen, die Niederlande, Frankreich und Großbritannien die stärksten Währungen haben. Gewiß, diese Betrachtung ist einseitig. Der strukturelle Wandel Europas gegenüber den USA könnte eine teilweise Erklärung sein, aber auch nur eine teilweise. Der strukturelle Wandel in den USA und Europa hat aber — man soll sich hierin einmal erinnern — in den 20er und 30er Jahren die Parität der Kaufkraft gegenüber 1913 in keiner Weise berührt, obwohl sich doch seit 1913 bis Anfang der 30er Jahre gewisse große strukturelle Wandlungen vollzogen haben. Belgien ist eine der europäischen Länder mit dem höchsten Preisniveau; die belgischen Löhne sind mehr als das Dreifache der britischen zugezogen. Belgien leidet an chronischen konjunkturellen Erkrankungen\* und fiskalischen Distorsionen. Andererseits ist Belgien Europas Gläubiger. Es hat mit Ausnahme der Schweiz die beständigste europäische Währung und ist auf das Gold anderer Länder eine starke Anziehungskraft aus. Weiblich ist dies zu erklären. Der BIZ bereitet ein Kopierbuch, das Belgien und Italien ihre Goldreserven und ihre Währungen stärkt, indem sie Investitionen für Produktionsgüter verschleusen. In diesem europäischen Währungsbericht liegt viel Wahrheit, denn die chronische Dollarknappheit ist mit der star-

ken Investitionspolitik im Inland und der Besetzung der Sterlingsverbindungen eng verbunden.

Diejenigen, die für einen freien Handel der Währungen an freien Märkten eintreten und einen ungehinderten internationalen Fluß des Geldes befürworten, geben keineswegs im Irrtum. Sie können aber nicht einsehen, daß irgend ein Land seine Währung durch Konkurrenzfähigkeit im internationalen Handel untergründet. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bringt selbst zum Ausdruck, daß ein Land nur zwischen Investitionen im Inlande und Stärkung seiner Währung wählen könne. Die Länder, die sich für Stärkung der Währung entscheiden, werden wahrscheinlich sehr bald ausländisches Kapital zur Modernisierung und zum Ausbau ihrer Industrie benötigen. Auch von der sozialen Seite her gesehen, könne keine vernünftige Erklärung für diese Phänomene gefunden werden. Die einzige Erklärung müsse darin gesucht werden, daß Länder mit starken Währungen und relativ hohen Löhnen, freien Zugang zu den Weltmärkten haben und auch über freie Inlandmärkte verfügen. Länder mit weichen Währungen hingegen und niedrigen Löhnen haben eine sogenannte „staatlich gelenkte“ Wirtschaft. Allgemein war man der Meinung, daß die erstere sich freie Märkte und hohe Löhne leisten können, weil sie starke Währungen haben. Die BIZ kommt aber jetzt zu dem Schluß, daß sie sich — umgekehrt — hohe Löhne und starke Währungen leisten können, weil sie eine freie Wirtschaft haben. Weiterhin führen Maßnahmen zur Einparung ausländischer Devisen, wie Devisenkontrollen und Beschränkungen der Einfuhr sogenannter „nicht lebenswichtiger“ Güter am Ende eben zum Verschwinden der so genannten fremden Währungen und bringen die Weltpolitik auf eine veraltete nationalstaatliche Idee heraus. Diese aber betrachtet Washington als eine Gefahr für den nordamerikanischen Wohlstand und die demokratische Zivilisation. Die BIZ kommt zu dem Schluß, daß die Länder im Spiegel der internationalen Kräfte am besten abzuwehren werden, die am besten zu der größtmöglichen wirtschaftlichen Freiheit zurückkehren.

der Austausch folgender Waren festgelegt:

Frankreich liefert: Kraftfahrzeugreifen (20 000 Stück), Wollgarn (150 t), Seidengarn (20 t), Wolle- und Baumwollstoffe (75 Mill. Fr.), Arbeitsstoffe (225 Mill. Fr.), Feuerlöscher (150 000 qm), verschiedene Eisen- und Stahlzeugnisse (40 000 t), Rundfunksender-Ausrüstung (400 Mill. Fr.).

Jugoslawische Lieferungen (im 1000 t): Kupfer (5,5), Blei (4), Pyrit (10), Chrom (2), Zink (4), Kupfererz (7,5), Papier (3), Mais (10), Zement für franz. Überseegebiete (20), 100 000 Stk. Papierholz, 120 000 Stk. Holz- und Grubenholz und 200 000 Eisenbahnschwellen.

In dem weiteren Protokoll, wonach Frankreich innerhalb von fünf Jahren Industrieerzeugnisse im Wert von 15 bis 20 Milliarden französische Franc liefern will, sind folgende Leistungen vorgesehen:

Eine vollständige Erdölraffinerie, eine Anlage für die Auswertung von Gips, Siemens-Martin-Öfen, Transformator, die vollständige Einrichtung einer Aluminiumfabrik, ein Aluminiumwerk, eine Anlage zur Herstellung von Elektroden, eine Zink-elektrolyse-Anlage, ein Werk zur Gewinnung von Magnesium aus Meerwasser, verschiedene chemische Anlagen, Zündholzmotoren, eine Papierfabrik, Bestandteile für Hochöfen und eine Anlage zur Herstellung von Viskose (Leistung 21 000 t im Jahr). Die jugoslawischen Gegenlieferungen umfassen Blei, Zink, Kupfer, Antimonium, Quecksilber, Zinkoxyd, Papierholz, Eisenbahnschwellen, Grubenholz, Blech, Mais und Hanf.

**Süddeutscher  
Spinnweber-Verband G. m. b. H.**

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

**Spinnerelen**

Spinnmaschinen, Spinnwerke, Spinnwerke, Spinnwerke

**Webereien**

Webmaschinen, Webwerke, Webwerke, Webwerke

**Bleichereien**

Bleichmaschinen, Bleichwerke, Bleichwerke, Bleichwerke

**Färbereien**

Färbemaschinen, Färbwerke, Färbwerke, Färbwerke

**Druckerei**

Druckmaschinen, Druckwerke, Druckwerke, Druckwerke

E. WOLFF & SOHN-KARLSRUHE

# USA-Kupfer in Abwehrstellung

### Der starke Preislust macht Zollfrage wieder akut

Die amerikanische Kupferindustrie arbeitet mit so hohen Förderkosten, daß bei einer bestimmten Preishöhe die Erzförderung auf einer Reihe von Vorkommen unwirtschaftlich wird. Das erklärt sich aus dem unterschiedlichen Cu-Gehalt der gefördert Kupfererze in den wichtigsten Produktionsgebieten. Die nordamerikanischen Erze haben im Vergleich zu den südamerikanischen und kanadischen Erzen, besonders aber zu den afrikanischen Erzen, einen sehr niedrigen Cu-Gehalt und dementsprechend hohe Förderkosten. Ein Vergleich ergibt folgendes Bild:

**Cu-Gehalte der wichtigsten Kupferminen**  
(Durchschnittsgehalte in Prozenten)

**USA und Mexiko**

Consolidated Copper Mines	1,18
Inspiration Copper Co.	1,37
Miami Copper Co.	0,92
Kennecott Copper Co.	1,20

**Afrika**

Katanga	8,41
Rosan Antelope	3,43
Mafikisa	4,11
Nchanga	4,08
Ehokana	3,44

**Südamerika**

Matshamba Mines	4,50
Andes Copper Co.	1,47
Bradley Copper Co.	2,18
Chile Exploration Co.	2,15

**Kanada**

Noranda Mines	2,47
Sheritt Gordon	2,49

Die Förderungskosten je lb gereinigten Kupfers sind dementsprechend sehr unterschiedlich: Sie betragen z. B. nach eigenen Angaben bzw. nach Angaben der englischen Financial Times in den Jahren zwischen 1936 und 1939 bei der Inspiration Copper Co. 8,94 bis 11,00 cts, bei der Kennecott Copper Co. 7,18 cts, bei der Andes Copper Co. dagegen nur 3,88 cts und bei der Rosan Antelope 3,32 cts je lb.

Nach dem ersten Weltkrieg, als die Kupferkonjunktur einer Depression am Kupfermarkt Platz machte, und die USA-Kupferpreise von einem Höchststand von durchschnittlich 39,10 cts je lb im Jahre 1917 — dem höchsten je lb erreichten Preis in der Geschichte des Kupfers — auf 13,05 cts im Durchschnitt

des Jahres 1937 gefallen waren, stand man in den Vereinigten Staaten vor der Wahl, ob man den Markt weiter dem freien Spiel der Kräfte überlassen sollte, oder ob man den Kupferpreis am Inlandmarkt durch einen Einfuhrzoll künstlich erhöhen, oder aber den Preis durch einen Zusammenschluß der Erzeuger auf dem Weltmarkt zu heben versuchen sollte. Obwohl die Antitrustgesetze der USA beträchtliche Schwierigkeiten verursachen, kam es nach monatelangen Verhandlungen zur Bildung der „Copper Exporters Incorporated“, die nach dem liberalen Gesetzen des Staates Delaware von 17 amerikanischen Kupfergesellschaften gegründet wurde, und der sich auch ausländische Gesellschaften anschließen. Fünfzehn ausländische Gesellschaften traten dem Kartell, dem es solches war es, schließlich bei. Die Kartellpolitik hatte aber nur vorübergehenden Erfolg. Es gelang zwar, den Kupferpreis bis 1939 im Jahresdurchschnitt auf 18,21 cts je lb heraufzuführen, entsprechend dem unzureichenden Ziel jedes Privatkartells, den höchstmöglichen Nutzen für seine Mitglieder zu erwirken, doch erwiesen sich die Marktverhältnisse schließlich als zu stark, und die Preise sanken bis 1932 auf den niedrigsten jemals erreichten Stand von 3,67 cts je lb im Jahresdurchschnitt.

Unter dem Druck der Verhältnisse löste sich das Kartell, kann von jemandem bedauert, auf, und die amerikanische Regierung sah sich nun gezwungen, zum Schutze der einheimischen Kupfergruben gegen die zunehmende Konkurrenz des Auslandskupfers am 21. Juni 1933 den Einfuhrzoll von 4 cts je lb für zunächst zwei Jahre einzuführen. Unter dem damaligen Preisverhältnis würde sich dieser Zoll im amerikanischen Inlandmarkt prohibitiv auswirken. Die Einführung des Zolls war der Kupfermarkt der Welt, der im ersten Weltkrieg praktisch von den Amerikanern beherrscht wurde, in zwei Teile gespalten, und wirtschaftlich gesehen waren damit die Möglichkeiten für die Bildung eines Weltkupfermarktes erschöpft. Die Erzeugung in Afrika — Rhodesien und Belgisch-Kongo hauptsächlich — und in Kanada

war nach dem ersten Weltkrieg soweit erstarrt, daß die USA-Kupfergesellschaften für die Folge auf den Zoll nicht mehr verzichten konnten.

### Die Konjunktur des zweiten Weltkrieges

Der zweite Weltkrieg hat den Kupfererzeugern, besonders in den Vereinigten Staaten, abermals eine Konjunktur, nämlich mengenmäßiger Art, verschafft. Der offizielle amerikanische Kupferpreis wurde zwar in den Kriegsjahren mit 12,00 cts je lb stabil gehalten, doch zahlte die amerikanische Regierung an die Grenzenerzeuger eine Subvention von 3 cts je lb. Das hatte zur Folge, daß sich die amerikanische Kupfererzeugung in den Kriegsjahren beträchtlich ausdehnen konnte, und daß darüber hinaus die USA in den Kriegsjahren erhebliche Mengen ausländischen Kupfers einführen mußten, so 1942 358 610 sh/t, Raffinadekupfer.

### Kupfererzeugung der wichtigsten Gebiete

Gebiet	1948		1947		1946	
	1000 t	% der Welt	1000 t	% der Welt	1000 t	% der Welt
USA	640 000	32,7	1 330 173	42,0	1 073 046	47,2
Chile	390 000	22,5	538 900	16,9	459 179	21,2
Rhodesien	244 000	12,3	370 955	11,7	218 222	10,3
Belg. Kongo	152 000	8,0	173 190	5,4	166 271	7,8
Kanada	129 000	6,5	250 829	7,9	191 150	8,4
Welt	1 960 000		3 104 107		2 120 000	

\*) Höchsterzeugung im Krieg

Im Vergleich zur Vorkriegserzeugung im Jahre 1938 betrug der Anteil der Erzeugung außerhalb der USA trotz steigender Erzeugung in der Weltproduktion, wenn man von Kanada abstrahiert, seitdem steigt dieser Anteil wieder, ohne daß der Anteil des nordamerikanischen Kupfers zurückgeht. Das erklärt sich aus dem unverändert auch in der Nachkriegszeit anhaltenden nordamerikanischen Bedarf, der im Jahre 1942 mit 1 496 291 sh/t im Krieg den höchsten Stand erreicht hatte, der aber 1948, gemessen an den Ablieferungen von 1 344 400 sh/t immer noch mehr als doppelt so hoch lag als im Jahre 1938.

Die Nachkriegssituation für Kupfer, die den amerikanischen Kupferpreis bis auf 23,50 cts je lb heraufgetrieben hatte, machte nicht nur die in den Kriegsjahren gestauten Subventionen überflüssig, sondern die rückläufige Erzeugung in USA bei anhaltend hohem Verbrauch. Seit August 1947 beträgt der Diskontsatz 3/4 Prozent, im Vergleich mit 2 1/2 in den Niederlanden und 3 in Großbritannien. Die Belgische Nationalbank bezieht nicht nur selbst eine Politik der Kreditrestriktion, sondern sie hat auch die privaten Bankinstitute an, bei der Kreditgewährung Zurückhaltung zu üben und einen strengen Maßstab anzulegen.

Im März wurde eine neue Devisenverfügung erlassen, die die Ausfuhr anfragen, die Stabilität der Währung festigen und insbesondere ihren freien Kurs im Ausland möglichst gegen den offiziellen Inflationstrend zu halten, indem belgische Exporteure mittels im Ausland gekaufter und frei nach Belgien eingeführter Noten finanziert werden dürfen. Tatsächlich hat der Kurs für belgisches Geld in der Folge sowohl in Zürich als in New York angesetzt. Da der belgische Franc jedoch schon vorher zu dem harten Devisen zu zählen war, stand von vornherein fest, daß von einer Ausfuhrpolitik nur gegenüber solchen Ländern die Rede sein konnte, deren Währung nicht härter als die belgische ist. Während die schweizerische Versicherungswirtschaft Warenlieferungen aus Belgien-Luxemburg auch weiterhin zur Währungsparität strebt und eine Finanzierung mittels nach Belgien gesandter Noten nicht zuläßt, soll der Export über den Atlantik trotz dem relativ geringen Disagio des freien Franc in New York durch die Möglichkeit, Güter nunmehr mit Noten zu kaufen, merklich angesetzt worden sein. Im Zusammenhang mit der Aktivierung des belgischen Außenhandels wird bereits ernstlich die Frage aufgeworfen, ob

1942 358 610 sh/t, 1944 439 630 sh/t und 1948 473 450 sh/t. Nach dem Krieg sanken die amerikanischen Einfuhren auf 137 833 sh/t im Jahre 1948 und weiter auf 131 677 sh/t im Jahre 1947. Dieser Einfuhr stand in den Kriegs- und Nachkriegsjahren eine Ausfuhr gegenüber, die sich 1942 auf 117 093 sh/t, 1943 auf 138 840 sh/t, 1944 auf 61 048 sh/t, 1945 auf 43 259 sh/t, 1946 auf 47 061 sh/t und 1947 wieder auf 123 308 sh/t belief. Es ist interessant, festzustellen, daß sich die Ausfuhr bei steigenden Einfuhren von 1943 ab stark verringert, aber bei fallender Einfuhr in den Nachkriegsjahren die Tendenz zur Ausweitung zeigte. Das deutet auf einen sich allmählich in den USA bemerkbar machenden Kupferüberfluß hin, der sich in der letzten Zeit beträchtlich verstärkt haben muß. Welche Veränderungen die Weltkupferwirtschaft im Krieg erfahren, zeigt die nachstehende Zusammenstellung in den wichtigsten Produktionsgebieten.

Preise auf ihrem hohen Stand verharren.

### Die neue Baisse

Darzwischen hat sich aber die Marktlage grundlegend verändert. Kupfer notiert heute in USA für Elektrolyt 17,00 cts je lb, das ist ein Preiserückgang um rund 30% gegenüber dem höchsten Nachkriegspreis, und es hat den Anschein, als wenn der Tiefpunkt noch nicht erreicht ist. In dieser Lage

Die belgische Regierung und die Banque Nationale bemühen sich, den „Hilfsgrad“ des belgischen Franc nicht nur zu erhöhen, sondern noch zu verbessern. Nach wie vor verzichtet man auf eine Politik des billigen Geldes. Seit August 1947 beträgt der Diskontsatz 3/4 Prozent, im Vergleich mit 2 1/2 in den Niederlanden und 3 in Großbritannien. Die Belgische Nationalbank bezieht nicht nur selbst eine Politik der Kreditrestriktion, sondern sie hat auch die privaten Bankinstitute an, bei der Kreditgewährung Zurückhaltung zu üben und einen strengen Maßstab anzulegen.

Im März wurde eine neue Devisenverfügung erlassen, die die Ausfuhr anfragen, die Stabilität der Währung festigen und insbesondere ihren freien Kurs im Ausland möglichst gegen den offiziellen Inflationstrend zu halten, indem belgische Exporteure mittels im Ausland gekaufter und frei nach Belgien eingeführter Noten finanziert werden dürfen. Tatsächlich hat der Kurs für belgisches Geld in der Folge sowohl in Zürich als in New York angesetzt. Da der belgische Franc jedoch schon vorher zu dem harten Devisen zu zählen war, stand von vornherein fest, daß von einer Ausfuhrpolitik nur gegenüber solchen Ländern die Rede sein konnte, deren Währung nicht härter als die belgische ist. Während die schweizerische Versicherungswirtschaft Warenlieferungen aus Belgien-Luxemburg auch weiterhin zur Währungsparität strebt und eine Finanzierung mittels nach Belgien gesandter Noten nicht zuläßt, soll der Export über den Atlantik trotz dem relativ geringen Disagio des freien Franc in New York durch die Möglichkeit, Güter nunmehr mit Noten zu kaufen, merklich angesetzt worden sein. Im Zusammenhang mit der Aktivierung des belgischen Außenhandels wird bereits ernstlich die Frage aufgeworfen, ob

treten natürlich die alten Gegensätze zwischen den mit hohen Selbstkosten belasteten Gruben, den Löhnhälften, die an einer billigen Einfuhr interessiert sind, dem Einfuhrhandel und den Verbrauchern, die im Interesse ihres Geschäfts und einer möglichst vorteilhaften Kupferversorgung am Freihandel interessiert sind, wieder stärker in Erscheinung.

Die amerikanischen Kupfergruben drängen schon heute auf die Wiedereinführung des Einfuhrzolls. Sie haben guten Grund dazu. Durch den Abbruch der reicheren Erzkörper haben sich die Selbstkosten seit der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg wahrscheinlich noch erhöht, während die Verarbeitungsmethoden seit der Einführung der Flotation keine wesentlichen Fortschritte gemacht haben, die kostensparend wirken würden. Die Tendenz zur Kostensteigerung tritt andererseits in den jungen Kupfergebieten, wie beispielsweise in Afrika, nicht in gleichem Maße in Erscheinung. Außerdem werden nach offiziellen Angaben aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg die Kupferreserven in USA und Mexiko mit nur rund 13,5 Mill. t Cu-Gehalt oder 16,4% der etwa 78,5 Mill. t betragenden Weltreserven angegeben. In Kuba und Südamerika betragen sie jedoch rund 29 Mill. t oder 36,8%, in Afrika 23,15 Mill. t oder 29,5% und in Kanada 4,79 Mill. t oder 11,4%. Geringe Erzeugnisse in Weltmaßstab bei niedrigen Cu-Gehalten und sinkenden Kupferpreisen müssen die amerikanischen Gruben immer mehr in die Verteidigung drängen. Dieser Prozeß hat bereits nach dem ersten Weltkrieg eingesetzt. Der zweite Weltkrieg und die Nachkriegsjahre haben den amerikanischen Kupfergruben fast eine Atempause geschenkt. Doch hat es den Anschein, als wenn der im zweiten Weltkrieg an den amerikanischen Vorkommen bis zu einem gewissen Grad getriebene Rückbau die Situation für die amerikanischen Gruben noch komplizierter hat. Gewisse Vorteile genießen die großen amerikanischen Kupferkonglomerate allerdings dadurch, daß sie durch vielfältige geschäftliche Verbindungen, Beteiligungen, Tochtergesell-

schaften, Vertriebsrechte usw. mit der südamerikanischen Kupferindustrie eng verbunden sind, und damit an den niedrigeren Selbstkosten der südamerikanischen Gruben partizipieren bzw. aus der Verhüttung und Raffinerieung und dem Handel Nutzen ziehen. Aber das ist ein Nutzen aus zweiter Hand. Das Problem, dem sich die nordamerikanische Kupferindustrie in steigendem Maße gegenüberstellt, ist die Konkurrenz des englisch und belgisch beherrschten afrikanischen Kupfers.

### Rückgang des Schrottpreises

Eine kleinere Menge — 500 tons — schwerer Schmelzschrott Nummer 1 wurde zu 21 Dollar je ton nach hierher 23 Dollar gehandelt. Der Käufer brachte zum Ausdruck, daß Schrott trotz des Preiserückganges noch „Mehrwert“ sei.

### Preisbruch am Uhrenmarkt

Die Uhrenfabrik Waltham Watch Co. räumt ihre Lagerbestände an älteren Modellen zur Hälfte des Listenpreises und bietet damit einen allgemeinen Preisbruch am amerikanischen Uhrenmarkt an. Die Leitung des Unternehmens erklärt in einem Bericht an den Kongreß ihr Vorgehen damit, daß die Preisermäßigungen für Schweizer Uhren den Verkauf bei Waltham sehr erschwert hätten. Kennzeichnend für die Lage im Uhrengeschäft sind folgende Preisermäßigungen: Smith, Patterson Co., Inc. bietet für Modell „Mervox“, 17 Steine, Platin, zu 995 \$ (früher 1200 \$) an; ein anderes Modell kostet jetzt 400 \$ (900). Uhren Schweizer Herkunft werden je nach Güte zu 27,95 \$ (42,50), zu 18,75 \$ (29,75) und zu 14,50 \$ (24,75) — alles einschließlich Verkaufssteuer — angeboten.

### Die ersten US-Strickmaschinen für Westdeutschland

Die erste Lieferung amerikanischer Strickmaschinen für Westdeutschland ist dieser Tage im Überschiffen Bremer eingetroffen. Es handelt sich um rund 100 gebrauchte Maschinen, deren Lieferung durch die „International Knitprofs Inc., New York“ aus ERP-Mitteln finanziert wird.

# Der harte belgische Franc

Belgien unter den herrschenden Umständen nicht als anderen noch bestehenden Schranken aufheben und zu einem vollständig freien Devisenregime zurückkehren soll.

Inzwischen hat sich die belgische Regierung veranlaßt gesehen, auf einem anderen Gebiete des Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland zu einer verschärften Beaufsichtigung zurückzutreten. Seit April ist für eine Anzahl von Zollpositionen der Genehmigungsbescheid für die Einfuhr eingeführt worden. Es handelt sich dabei unter anderem um Stoffe, Möbel, Seltene- und Mineralwasser, Röhre, Wirkwaren, Konfektion, Wäsche, Glas- und Porzellanwaren sowie Fahrzeuge und deren Bestandteile.

Die Politik der offenen Tür, die Belgien in der Nachkriegszeit anwandte, hat ihren Zweck, die Sättigung des Marktes bereits erreicht und im Hinblick auf die Absatzschwierigkeiten verschiedener belgischer Industrien erschweren gewisse restriktive Maßnahmen verständlich. Die Wiedereinführung des Lizenzwesens ist jedoch, wie man in Brüssel erklärt, mehr als Waffe gedacht, mit deren Hilfe die Einhaltung der Handelsverträge erkräftigt werden soll. Die belgischen Behörden wollen sich vorbehalten, gegebenenfalls Einfuhrgenehmigungen für die genannten Waren nur noch dann zu erteilen, wenn von der Regierung des Handelspartners die Einfuhr belgischer Waren durch Verweigerung der Genehmigung (und Devisenzuteilung) nicht abgelehnt wird.

**Belgien als Gläubiger**  
Der niederländische Wirtschaftsminister erklärte in Brüssel, der starke Passivsaldo der Handelsbilanz mit Belgien könne nur abgedeckt werden, wenn die Niederlande ihre Ausfuhr steigerten oder wenn Belgien entsprechende Kredite einbräue. In den Jahren 1946 bis 1948 stellte sich die Ausfuhr Belgiens nach den Niederlanden auf 1,5 Milliarden fl., während in der gleichen Zeit niederländische Gegenlieferungen für nur 880 Mill. fl. ergäben.

**Obst für Westdeutschland**  
Nach vorläufigen Schätzungen wird die diesjährige Ernte im Obstgebiet von 91. Trüden, dem wichtigsten belgischen, voraussichtlich erreichen:

Kirschen	1600 t
Erdbeeren	25
Johannisbeeren (rot und weiß)	1
Johannisbeeren (schwarz)	0,5
Himbeeren	0,5
Pflaumen	2
Pflaumen	25
Hirsen	250
Apfel	400

Von dieser Ernte dürfte wieder ein erheblicher Teil nach dem Ausland (Großbritannien, Deutschland, Niederlande, Schweden und Frankreich) gehen. Das bis Ende Juni laufende Wirtschaftskommen mit Westdeutschland — früher das natürliche Absatzgebiet für belgisches Obst und Gemüse — sah für die Einfuhr von Obst und Gemüse 32,90 Mill. fl. vor. Die Ausfuhren für ein neues Wirtschaftskommen für das zweite Halbjahr werden günstig beurteilt.

# Italiens Staatsbetriebe erfordern Zuschüsse

Das Istituto per la Ricostruzione Industriale (IRI), die Holdinggesellschaft italienischer Staatsbetriebe, veröffentlichte den Jahresbericht 1948, dessen Gewinn- und Verlustrechnung bei Lasten in Höhe von 2813 Mill. Lire mit einem Passivsaldo von 23 Mill. schließt. Auf der Aktivseite des Bilanz sind Beteiligungen und Finanzierungen nicht unterteilt mit 148 Milliarden Lire einbezogen, davon Banken 2,5, Kraftwerke 13,5, Telefongesellschaften 1,5, Schiffahrt 13, Eisen- und Stahlwerke 12,5, Maschinenbau 74,3, Bergbau und Chemie 4,5, ausländische und andere Beteiligungen 18. Die Passivseite enthält den um 40 auf 60 Mrd. erhöhten Dotationsfonds, kurz- und langfristige Verbindlichkeiten mit 54, Vorauszahlungen des Schatzamtes und einem Ausgleichsfonds mit je 15 Mrd. Lire.

Der Bericht veranschlagt den IRI-Anteil am Gesamttrag italienischer Banken auf ein Viertel und erwähnt, daß die Depositions- und Kontokorrentkonten der staatlichen Banken, Banca Commerciale, Credito Italiano und Banco di Roma, gegenüber 1947 um 37 Prozent gewachsen seien. An der italienischen Stromerzeugung sind Staatsbetriebe (SIP) zu einem Viertel beteiligt. Ihre Erzeugung nahm im Berichtsjahre von 4700 auf 5000 Mill. kWh zu. Unvergleichlich hoch ist der IRI-Anteil an dem Ausbau der Energieversorgung auf 1,5 Mrd. kWh Jahresleistung (2,5 Mrd. kWh bei dem Wasserkraftwerk) mit insgesamt 1,8 Mrd. Lire. Über die SIET mit STIPEL, TELVE und TIMO kontrolliert das IRI 37 Prozent der installierten Apparate im Fernsprechnetz; für 1948 wird eine Zunahme der Anlagen um 25 Prozent veranschlagt. Mithin wird auch eine Kontrolle des italienischen Rundfunks (R. A. I.) ausgeübt, der die Verluste früherer Geschäftsjahre abzutragen begann. In der Finanzrie sind die vier staatlichen Reedereien Italia, Lloyd Triestino, Adriatico und Tirreno mit insgesamt 18 Prozent (vor dem Kriege: 40 Prozent) der italienischen Handelsflotte zusammengeschlossen. Der Bestand erhöhte sich im Berichtsjahre von 285 000 auf 335 000 BRT. 43 Prozent der Reibmaschinen- und Stahlherstellung des Landes stellen die Werke der staatlichen Finer (Terzi, Iva, Cornigliano,

Dalmazo). Die Zunahme der Kreuzung gegenüber dem Vorjahr betrug bei Robbenen 63, bei Stahl 32, bei Fertigproduktion 24 Prozent; die Produktionsleistung ist aber damit noch nicht erreicht. Der staatliche Anteil am Schiffbau und Maschinenbau betrug sich auf 31 Werke (98 000 Beschäftigte) und besitzt ein Zehntel (Motorenbau) bis vier Fünftel (Werften) der gesamten Kapazität. In der Schiffbau sind die Werke der Ansaldo, Odero-Terni-Orlando, Istituti dell' Adriatico, Triest und Navalmeccanica-Neapel; ein weiteres Drittel sind reine Kriegsinstrumente, für die nur schwer neue Produktionsmöglichkeiten und Märkte gefunden werden können. Außerdem sind in der Finmeccanica zusammengefaßt u. a. San Giorgio, Metallmeccanica di Pomigliano d'Arco, Torpedowerk-Neapel, Alta Roma, Metallmeccanica, Filotecnica, S. Eustachio der lombardischen Gruppe. Im Berichtsjahr erzielten nur wenige Werke günstige Betriebsergebnisse. Vor allem die Werften wiesen beträchtliche Verluste auf. Für die verbleibende Entwicklung in den Jahren 1947, 1948 und 1949 wird die Aufrechterhaltung überhöhter Belohnungen und die Herabsetzung ausländischer Schiffbauaufträge im Jahre 1949 verantwortung gemacht. Noch weniger genau als vorstehende Zahlen sind die Angaben über die staatlichen Interessen in der Chemie und im Bergbau, wo z. B. eine Minoritätsbeteiligung bei Montecatini besteht. Unter Ausdehnungsbetrieben sind Phosphate Tusciano, Egitano und Landwerft werden nur kommerziell verzeichnet, ebenso die Verwaltung der beiden Luftfahrtgesellschaften LAI und Alitalia. Die Gesamtinvestitionen betragen im vergangenen Jahre 91,8 Milliarden Lire; davon wurden 39 durch Aktien, Anleihen und andere langfristige Operationen aufgebracht; etwa 41 stammen aus staatlichen Mitteln. Die staatlichen Zuschüsse zur Beherrschung des Finanzbedarfes, der auf dem freien Markt nicht gedeckt werden konnte, betragen bei dem Berichtsjahre 12, beim Fernsprechnetz 21, bei der Eisenindustrie 32, beim Schiffbau 45 und beim Maschinenbau 50 Prozent. Nach Kürzung der Subventionen für den Maschinenbau

steht der Vorschlag für das laufende Jahr Gesamteinlagen in Höhe von 45 Mrd. vor, soweit Staatsmittel in Betracht kommen. Von den Einnahmen des IRI kommen, wie „34 Ore“ feststellt, 3036 Mill. Lire auf Zinsen aus Finanzierungen und 903 Mill. auf Dividenden (31 aus Auslandsbeteiligungen).

### 70 Mrd. Lire für die Landwirtschaft

Der Wiederaufbau der italienischen, vorwiegend der mittel- und süditalienischen Landwirtschaft wird mit Hilfe des ERP-Fonds auf breiter Basis in die Wege geleitet. Die italienische Regierung hat für diesen Zweck 70 Mrd. Lire erhalten, die ausschließlich für landwirtschaftliche Wiederaufbau- und Förderungsmaßnahmen verwendet und in der Periode 1949/50 ausgegeben werden sollen. Die einzelnen Sparten der Landwirtschaft sind daran wie folgt beteiligt: 56,8 Mrd. Lire für neue Bodenverbesserungsmaßnahmen, Meliorationen und Wildschwebeverbauungen, Meliorationskredite usw., 1,7 Mrd. Lire für Meliorationsarbeiten in Südalien, um bereits kultiviertes Land intensiver nutzen zu können, 4,3 Mrd. Lire für staatliche Zuschüsse zugunsten verbesserungsbedürftiger Landwirtschaftsbetriebe, 1,3 Mrd. Lire für Verbesserung des landwirtschaftlichen Pflanzen- und Hagelversicherungs, 780 Mill. Lire für das landwirtschaftliche Vermehrungs-, Unterrichts- und Forschungswesen, 90 Mill. Lire für Bauernschulen, Versuchs- und Musteranlagen u. a. m., 600 Mill. Lire für Viehhaltung und Maschinenbeschaffungen für die weitverbreiteten süditalienischen Landwirtschaftsgüter, 3 Mrd. Lire für den Staatsfonds zur Schaffung kleinbäuerlicher Betriebe, 300 Mill. Lire für den italienischen Weinbau, 400 Mill. Lire für die italienische Viehzucht und 600 Mill. Lire für sonstige landwirtschaftliche Förderungsmaßnahmen. 70% des ERP-Mittels werden im Rahmen dieses Förderungsplans allein der süditalienischen Landwirtschaft zufallen. Die Bereitstellung dieser Geldmittel für die Landwirtschaft wird seitlich zusammengefaßt mit der von der Regierung nun ernsthaft in Angriff genommene Neuverteilung des Bodens im italienischen Süden.



**AUXOL** ist ein Monotonikum von universeller und ungewöhnlich konzentrierter Wirkung. Regelmäßig angewandt bringt er vorzügliches Haarwuchs zum Stand und regt in Bildung begriffene, aber noch lebendige Haarwurzeln zu neuem, kräftigen Leben an. Seine intensiv haarwuchernde Wirkung verdankt AUXOL einem neuartigen Herstellungsverfahren, das die Lösung spezifischer, chemischer und pflanzlicher Wirkstoffe in besonders hoher Konzentration ermöglicht. Nur AUXOL behandelt Haar wächst stark und stark noch, hat jugendlichen Glanz und Fülle und ist schwingen und leicht kämbar.

**F. WOLFF & SOHN-KARLSRUHE**



